

JÜRGEN PAGEL

SOUVERÄNITÄT ODER BEVORMUNDUNG?  
DIE BALTISCHEN STAATEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND,  
POLEN UND DER SOWJETUNION 1933/34

1. Die baltischen Staaten als deutsch-russisch-polnische Interessenssphäre

Die baltischen Staaten verdankten ihre Unabhängigkeit im Jahre 1918 in erster Linie einer für sie damals einmaligen günstigen außenpolitischen Konstellation, nämlich dem gleichzeitigen Zusammenbruch der um den Besitz dieser Gebiete streitenden Mächte, Deutschlands und Rußlands<sup>1</sup>. Das neue Deutschland, die Weimarer Republik, konnte wegen seiner innen- wie außenpolitischen Schwäche nicht daran denken, alte deutsche Ansprüche auf das Baltikum aufrechtzuerhalten. Das wiedererstandene Polen hingegen sah zumindest Litauen als Teil einer künftigen Föderation unter polnischer Führung, die nach jagiellonischem Vorbild einen starken Staatenbund und damit ein Gegengewicht gegen Rußland und Deutschland bilden sollte<sup>2</sup>. Für das junge Sowjetrußland stellte die Rückeroberung des Baltikums einen festen Programmpunkt seiner weltrevolutionären Pläne dar. Über Pleskau und Wilna sollte der Anschluß an die deutsche Revolution hergestellt werden<sup>3</sup>.

Daß diese Pläne zunächst scheiterten, lag nicht zuletzt auch am enormen Widerstandswillen der baltischen Völker. In den Friedensverträgen von 1920 mußte Sowjetrußland die Souveränität der baltischen Staaten anerkennen<sup>4</sup>, und auch Polen konnte

<sup>1</sup> Vgl. Hans von Rimscha, Die Baltikumpolitik der Großmächte, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 282. Zur Entstehung der baltischen Staaten vgl. Jürgen von Hehn, Die Entstehung der Staaten Lettland und Estland, in: Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte, Bd. 4, Berlin 1956; Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart 1970; Petras Klimas, Der Werdegang des litauischen Staates, Berlin 1919; Constantine Rudaminas Jurgela, History of the Lithuanian Nation, New York 1948; Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens, Darmstadt 1966.

Der Verfasser stützt sich bei den vorliegenden Ausführungen auf eingehende Studien im Archivum Akt Nowych (AAN) in Warschau sowie im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA.AA) in Bonn. Die sowjetischen Quellen entstammen der offiziellen sowjetischen Dokumentensammlung Dokumenty wnešnej politiki SSSR (DVP), Moskau 1953–1977.

<sup>2</sup> Vgl. Aleksy Deruga, Polityka wschodnia Polski wobec ziem Litwy, Białorusi i Ukrainy 1918–1919, Warschau 1969; Józef Lewandowski, Federalizm. Litwa i Białoruś w polityce obozu belwederskiego, Warschau 1962; Karol Grünberg, Polskie koncepcje federalistyczne 1864–1918, Warschau 1971.

<sup>3</sup> Vgl. von Rauch, Geschichte, S. 52.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 66 ff.

durch die gewaltsame Besetzung des Wilna-Gebietes im Oktober 1920 lediglich einen Teilerfolg erzielen<sup>5</sup>.

Moskau aber gab seine Ansprüche auf die Beherrschung dieses Raumes nicht auf, wie der Putsch der Kommunisten in Tallinn vom Dezember 1924, der bei einem Gelingen mit Sicherheit auch Lettland erfaßt hätte, und die Aufdeckung einer kommunistischen Verschwörung in Kaunas im Januar 1928 zeigten<sup>6</sup>.

Außenpolitisch war die Sowjetunion zunächst bemüht, eine antisowjetische Blockbildung unter Einschluß der baltischen Staaten zu verhindern. Gegner war dabei vor allem Polen, das sich als natürlichen Verbündeten der baltischen Staaten betrachtete und daher von Anfang an bestrebt war, das Baltikum in eigene außenpolitische Konzeptionen einzubeziehen<sup>7</sup>. Der polnisch-litauische Streit um Wilna verhinderte jedoch, daß sich der polnische Einfluß in den übrigen baltischen Staaten entfalten konnte. Sowjetrußland unterstützte daher im polnisch-litauischen Streit von Anfang an die litauische Position. Moskau lag an einer Entspannung im litauisch-polnischen Verhältnis, allerdings nur insoweit, daß offene Konflikte vermieden wurden und es nicht zu einer engeren polnisch-litauischen Zusammenarbeit kam; polnische Einflüsse in Litauen und damit auch in den übrigen baltischen Staaten sollten so gering wie nur möglich gehalten werden<sup>8</sup>.

Die autoritären Staatsstrieche 1926 in Polen und Litauen<sup>9</sup> ließen auf sowjetischer Seite die Befürchtungen aufkommen, Piłsudski, der neue starke Mann in Warschau, könnte den polnisch-litauischen Streit um Wilna nach dem Vorbild des Żeligowski-Handstreiches von 1920 aus der Welt schaffen – umso mehr als das neue nationalistische Regime in Kaunas entschlossen schien, den Konfrontationskurs gegenüber Polen zu verschärfen. Die Sowjetunion aber war an einer Verschärfung des polnisch-litauischen Streites oder gar an einer militärischen Eskalation nicht interessiert; eine solche hätte die völlige Unterwerfung Litauens durch Polen zur Folge haben, Litauen zu einem polnischen Satelliten machen und damit dem polnischen Einfluß im Baltikum Tor und Tür öffnen können. Außerdem drohte bei einer polnisch-litauischen Auseinandersetzung die Gefahr, daß Deutschland sich einschalten und seine Ansprüche auf das Memelland bekräftigen könnte, was wiederum im Widerspruch zu den eigenen sowjetischen Interessen stand, zumindest dann, wenn das

<sup>5</sup> Auf Befehl Piłsudskis hatte General Żeligowski am 9. 10. 1920 Wilna besetzt und Stadt und Umland zu einem unabhängigen „Mittellitauen“ proklamiert. Nach einer kurzen Anstandsfrist wurden Wilna und Wilna-Gebiet im Februar 1922 Polen angegliedert. Zu den polnisch-litauischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit vgl. Isabel Röska-Rydel, *Polnisch-litauische Beziehungen 1919–1939*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 1987/4, S. 556 ff.

<sup>6</sup> Vgl. von Rauch, *Geschichte*, S. 99 ff.

<sup>7</sup> Vgl. Kai von Jena, *Polnische Ostpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Das Problem der Beziehungen zu Sowjetrußland nach dem Rigaer Frieden von 1921*, Stuttgart 1980, S. 48 ff.

<sup>8</sup> Vgl. Jürgen Pagel, *Der polnisch-litauische Streit um Wilna und die Haltung der Sowjetunion 1918–1938*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 1992, S. 41 ff.

<sup>9</sup> 12.–14. 5. 1926 in Warschau durch Piłsudski und ihm ergebene Truppenteile, vgl. Hans Roos, *Geschichte der polnischen Nation*, Stuttgart 1986, S. 111 ff.; 16.–17. 12. 1926 in Kaunas ebenfalls mit Hilfe des Militärs, vgl. von Rauch, *Geschichte*, S. 106 f.

deutsche Vorgehen nicht mit der Sowjetunion abgestimmt war<sup>10</sup>. Die Sowjetunion empfahl daher Litauen, den Kriegszustand mit Polen für beendet zu erklären, was eine Stärkung Litauens gegenüber Polen bedeuten würde, ohne dabei auf eigene Positionen in der Wilna-Frage verzichten zu müssen<sup>11</sup>. Dabei machte man Litauen sogar Hoffnungen, seine Träume vielleicht in Zukunft realisieren zu können; im Augenblick sehe man „wegen der ungünstigen internationalen Lage zur Lösung territorialer Fragen“ aber keine Möglichkeit dazu<sup>12</sup>.

Um Litauen und damit den übrigen baltischen Raum vor Überraschungen zu sichern, schlug der stellvertretende sowjetische Außenkommissar Litvinov im Dezember 1928 Polen und Litauen die Unterzeichnung eines gemeinsamen Protokolls vor, nach dessen Ratifizierung der Kellogg-Pakt für Polen, Litauen und die Sowjetunion sofort in Kraft treten würde<sup>13</sup>. Litvinovs Eintreten für ein „sowjetisch-polnisch-litauisches“ Protokoll<sup>14</sup> machte ganz deutlich, daß die Sowjetunion damit vor allem zur Entkrampfung im polnisch-litauischen Verhältnis beitragen wollte. Erst nach der Unterzeichnung durch diese drei Staaten sollten sich auch andere Staaten dem Protokoll anschließen können<sup>15</sup>. Polen gelang es jedoch, die Sowjetunion davon zu überzeugen, auch die übrigen Nachbarstaaten der Sowjetunion zur Unterzeichnung des „Litvinov-Protokolls“ am 9. Februar 1929 nach Moskau einzuladen, auch wenn Estland und Lettland sich dem sowjetischen Vorschlag zunächst sehr zurückhaltend, ja mißtrauisch gegenüber verhalten hatten und ihre endgültige Zustimmung buchstäblich bis zur letzten Minute hinauszögerten<sup>16</sup>. Litauen trat dem Protokoll erst am 5. April 1929 bei<sup>17</sup>, obwohl es nach sowjetischer Auffassung der „Hauptzweck“ des Litvinov-Protokolls gewesen war, Litauen zu schützen<sup>18</sup>. Litvinov selbst erklärte dem deutschen Botschafter in Moskau mit Nachdruck, daß ein „wesentliches Moment“ für die sowjetische Initiative „die Sorge um die Abhängigkeit Litauens“ gewesen sei<sup>19</sup>.

Anfang Mai 1929 erkundete Litvinov Möglichkeiten einer russisch-deutschen Zusammenarbeit in Litauen: „Litauen brauche die Garantie für die Sicherheit seiner Grenzen durch die beiden großen Nachbarländer, weil es jederzeit mit einem polnischen Angriff rechnen müsse.“<sup>20</sup> Bei seinem Vorstoß in Berlin muß sich Litvinov darüber im klaren gewesen sein, daß für Deutschland, das wegen des Memellandes eine Revision sei-

<sup>10</sup> Zur deutsch-litauischen Auseinandersetzung um das Memelland vgl. Ernst-Albrecht Plieg, *Das Memelland 1920–1939*, Würzburg 1962.

<sup>11</sup> DVP X, Nr. 264, S. 262 f.

<sup>12</sup> DVP XI, Nr. 7, S. 16 f.; vgl. ebenda, Anm. 5, S. 694.

<sup>13</sup> Ebenda, Nr. 388, S. 633 f.

<sup>14</sup> DVP XII, Nr. 1, S. 10.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 9; ebenda, Nr. 28, S. 51.

<sup>16</sup> Vgl. Stanisław Łopatniuk (Hrsg.), *Protokół Moskiewski*, in: *Z dziejów stosunków polsko-radzieckich IV* (1969), Nr. 8, S. 186 f.; ebenda, Nr. 11, S. 190.

<sup>17</sup> DVP XII, Nr. 63, S. 105.

<sup>18</sup> *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B (1925–1933)*, Bd. XI (ADAP B XI), Nr. 2, S. 2.

<sup>19</sup> Ebenda, Anm. 4, S. 3.

<sup>20</sup> Ebenda, Nr. 228, S. 519.

ner Grenzen mit Litauen anstrebte, eine Garantie für die territoriale Integrität Litauens nicht in Frage kam. Nicht ausgeschlossen scheint daher zu sein, daß Litvinov eine gemeinsame russisch-deutsche Politik im Baltikum anstrebte, die letztlich, wie sich beim Garantieangebot für die baltischen Staaten 1933/34 an Polen und danach an Deutschland deutlich zeigte, eine solche Revision der Grenzen erst ermöglichen sollte<sup>21</sup>.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann gab in seiner Antwort auf Litvinovs Vorstoß offen zu, daß ihm eine „militärische Garantie von Deutschland für die litauische Integrität vollkommen ausgeschlossen erscheine“. Stresemann sah darüber hinaus keine Gefahr für diese Integrität und daher auch „gar keine Notwendigkeit“, diese zu garantieren<sup>22</sup>.

Nach der deutschen Absage entschloß man sich in Moskau, die Beziehungen zu den Randstaaten sowie zu Polen auf der Grundlage des Litvinov-Protokolls auszubauen. Ende November 1930 unterbreitete die sowjetische Regierung Polen den Vorschlag, die Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffs- und Handelsvertrages wieder aufzunehmen<sup>23</sup>. Polen nahm das Angebot „im Prinzip“ an, wollte aber selbstverständlich nach dem Vorbild des Litvinov-Protokolls „sowohl den baltischen Staaten als auch Rumänien die Möglichkeit sichern, einer identischen Vereinbarung gleichzeitig beizutreten“<sup>24</sup>. Die Sowjetunion aber war dazu auf keinen Fall bereit. Sie verstand es geschickt, getrennte Gespräche mit Finnland, Estland und Lettland zu führen und damit die polnische Seite vor vollendete Tatsachen zu stellen. Polen mußte seinen Standpunkt hinsichtlich des „baltischen Postulats“ endgültig aufgeben, nachdem der finnisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag am 21. Januar 1932 unterzeichnet worden war<sup>25</sup>. Finnland hatte wieder einmal die Nichtexistenz eines sog. „baltischen Blocks“ verdeutlicht und damit auch polnische Ansprüche als unrealistisch entlarvt. Nach der Paraphierung des polnisch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 25. Januar 1932 konnte Polen nur noch darauf verweisen, daß es den polnisch-sowjetischen Vertrag nicht unterzeichnen werde, solange die Nichtangriffsverträge der Sowjetunion mit Estland und Lettland nicht ratifiziert und der rumänisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag nicht unterschrieben seien<sup>26</sup>. Nachdem allerdings die Verträge der Sowjetunion mit Lettland am 5. Februar und mit Estland am 4. Mai 1932 unter Dach und Fach waren<sup>27</sup> und bereits absehbar war, daß ein ru-

<sup>21</sup> Bereits im Jahre 1925 war in deutsch-russischen Gesprächen über die baltischen Staaten deutlich geworden, daß für Deutschland eine Garantie des litauischen Besitzstandes nicht in Frage kam. In Berlin zweifelte man damals ebenfalls an der sowjetischen Bereitschaft zu einer „einwandfreien Garantie“ für die Randstaaten. Vgl. dazu Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971, S. 98 ff.

<sup>22</sup> ADAP B XI, Nr. 228, S. 519.

<sup>23</sup> Vgl. Dokumenty i materiały do historii stosunków polsko-radzieckich (Dokumenty i materiały), Bd. V, Warschau 1966, Nr. 282, S. 525.

<sup>24</sup> Ebenda.

<sup>25</sup> DVP XV, Nr. 32, S. 45 ff.

<sup>26</sup> Ebenda, Nr. 95, S. 104 f.

<sup>27</sup> Ebenda, Nr. 67, S. 83 ff. bzw. Nr. 201, S. 296 ff.

mänisch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag gar nicht zustande kommen würde, wurde der polnisch-sowjetische Nichtangriffsvertrag am 25. Juli 1932 in Moskau unterzeichnet<sup>28</sup>.

Damit hatte sich die Sowjetunion mit ihrem Standpunkt durchgesetzt, nur bilaterale Verträge mit ihren Nachbarn zu schließen. Der polnische Standpunkt, daß die baltischen Staaten nur gemeinsam mit Polen Nichtangriffsverträge mit der Sowjetunion abschließen sollten, hatte sich nicht durchgesetzt, und das war angesichts der sich bereits abzeichnenden Gefahren mit Sicherheit eine Niederlage<sup>29</sup>. Die Sowjetunion dagegen konnte mit den Nichtangriffsverträgen nach außen hin ihre friedlichen Absichten gegenüber ihren Nachbarn demonstrieren.

Die nationalsozialistische Machtergreifung und der „neue Kurs“ Hitlers gegenüber Polen<sup>30</sup> erschütterten das bisherige System der sowjetischen Außenpolitik tief. Einer der Grundpfeiler dieser Politik, die deutsch-polnische Gegnerschaft, war eingestürzt, die baltischen Staaten insgesamt Ziel deutscher Ansprüche geworden<sup>31</sup>. Litwinow wies Ende Dezember 1933 in einer Rede vor dem Zentralen Exekutivkomitee der UdSSR auf diese in Hitlers „Mein Kampf“ formulierten Ansprüche hin. Er sorgte sich um die „volle wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit“ sowie die innenpolitische Entwicklung der baltischen Staaten, „die zum Verlust oder zur Schwächung der Unabhängigkeit führen“ könne<sup>32</sup>.

Unmittelbare Gefahren für die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ergaben sich aus sowjetischer Sicht aus den laufenden deutsch-polnischen Gesprächen. Im Zusammenhang damit war in der Öffentlichkeit ohnehin von „Tausch“ und „Kompensation“ für den sog. „Korridor“ die Rede gewesen. Als Tausch- bzw. Kompensationsobjekt waren immer wieder die Ukraine und Litauen genannt worden<sup>33</sup>. Wenn die baltischen Staaten schon Objekt der Politik sein sollten, so wollte die sowjetische Regierung dem nicht tatenlos zusehen, sondern Subjekt dieser Politik sein; wobei sie zunächst in Polen einen Partner dafür erblickte.

<sup>28</sup> Vgl. Marian Leczyk, *Polityka II Rzeczypospolitej wobec ZSRR w latach 1925–1934*, Warschau 1976; Stanisław Gregorowicz, *Polsko-radzieckie stosunki polityczne w latach 1932–1935*, Breslau 1985; Irina V. Michutina, *Sovetsko-połskie otnošenija 1931–1935*, Moskau 1977.

<sup>29</sup> Vgl. auch Leczyk, *Polityka II Rzeczypospolitej*, S. 302.

<sup>30</sup> Vgl. Marian Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938*, Posen 1980; Hans Roos, *Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939*, Tübingen 1965, S. 85 ff. Zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen dieser Zeit vgl. Dean Scott Mcmurry, *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1936*, Köln/Wien 1976.

<sup>31</sup> Vgl. Rimscha, *Die Baltikumspolitik der Großmächte*, S. 286.

<sup>32</sup> DVP XVI, S. 789 ff.

<sup>33</sup> DVP, Nr. 114, S. 226; ADAP C II, Nr. 104, S. 179; DVP XVI, S. 842, Anm. 152; ebenda, Nr. 186, S. 356. Zu den Gerüchten über eine „Verschiebung des Korridors“ vgl. vor allem Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie*, S. 34, Anm. 4; S. 37, Anm. 13; S. 49 f., Anm. 61 f.

## 2. Die polnisch-sowjetischen „Deklarations“-Gespräche

Die Gelegenheit, mit Polen inoffiziell über baltische Fragen ins Gespräch zu kommen, ergab sich anlässlich des Besuchs des außenpolitischen Redakteurs der *Izvestija*, Karl Radek, in Polen im Juli 1933. Radek, von Herkunft und Bildung her Spezialist für deutsche und polnische Angelegenheiten, schien für diese Aufgabe geradezu prädestiniert zu sein<sup>34</sup>. Während seines zweiwöchigen Aufenthaltes in Polen besuchte er nicht nur Warschau und Krakau, sondern stattete auch Schlesien, Posen und Pomerellen, dem „Korridor“ also, den Berlin angeblich zu „verschieben“ wünschte, einen Besuch ab. Dies war eine gegen Deutschland gerichtete politische Demonstration, die in Polen entsprechend Eindruck machen sollte<sup>35</sup>.

In seinen Gesprächen bot Radek Polen eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf militärischem Gebiet an, die nach seinen Worten auch zu einem militärischen Bündnis führen könnte. Die Sowjetunion könnte sich verpflichten, im gegebenen Moment Kriegsmaterial zu liefern. Von Vorteil wäre außerdem eine Konzentration sowjetischer Truppen im Nordwesten, um Ostpreußen in Schach zu halten. Über Details könnten sich die beiden Generalstäbe verständigen<sup>36</sup>. Nach dieser Einleitung kam Radek auf die baltischen Staaten zu sprechen, deren Unabhängigkeit durch Deutschland bedroht sei. Polen und die Sowjetunion sollten daher einen Vertrag abschließen, in dem deren Unabhängigkeit garantiert würde<sup>37</sup>.

In Warschau ging man auf Radeks Vorschlag nicht weiter ein, weil man dahinter die Absicht der Sowjetunion vermutete, die baltischen Staaten als sowjetische „Einflußsphäre“ bzw. „Interessenssphäre“ zu deklarieren und sich dies auch noch von Polen anerkennen zu lassen<sup>38</sup>.

Trotzdem kam der polnische Außenminister Józef Beck in der zweiten Novemberhälfte 1933 in einem Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten in Warschau, Vladimir A. Antonov-Ovseenko, um das er selbst gebeten hatte, auf Radeks Besuch in Polen und auf die baltischen Staaten zurück<sup>39</sup>. Auf die von Radek vorgeschlagene Zusammenarbeit eingehend, sagte Beck, daß man diese im Auge behalten und dann rea-

<sup>34</sup> Radek wurde 1885 in Lemberg geboren, besuchte das Liceum in Tarnów. Bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges in der polnischen, russischen und deutschen Sozialdemokratie tätig, sprach er besser polnisch und deutsch als russisch. 1937 wurde er ein Opfer der stalinistischen Säuberungen.

<sup>35</sup> Vgl. dazu Gregorowicz, *Polsko-radzieckie stosunki polityczne*, S. 95, Anm. 62 sowie den Bericht des polnischen Gesandten in Moskau, Juliusz Łukasiewicz, vom 4. 2. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>36</sup> Vgl. Bogusław Miedziński, *Pakty wilanowskie*, in: *Kultura* (Paris) 1963/7–8, S. 119. Die Gespräche fanden im Park von Wilańów in Warschau statt. Sie werden ausführlich zitiert bei Gregorowicz, *Polsko-radzieckie stosunki polityczne*, S. 95 ff.

<sup>37</sup> Józef Beck, *Dernier Rapport*, Neuchâtel 1951, S. 36; ders., *Ostatni raport*, Warschau 1987, S. 51. Vgl. auch Andrzej Skrzypek, *Strategia pokoju*, Warschau 1979, S. 76 f.

<sup>38</sup> Beck, *Dernier Rapport*, S. 36; ders., *Ostatni raport*, S. 51.

<sup>39</sup> Das Gespräch fand am 23. 11. 1933 statt. Der Bericht des sowjetischen Gesandten Antonov-Ovseenko wurde am 1. 12. 1933 abgefaßt, DVP XVI, Nr. 398, S. 697 ff.; *Dokumenty i materiały VI*, Nr. 81, S. 132 ff.

lisieren sollte, wenn die Zeit dazu reif sei. Danach kam Beck auf die baltischen Staaten zu sprechen. Auf der Landkarte Europas, so begann Beck seinen Gedankengang, gebe es eine „Schwachstelle“, und das seien die baltischen Staaten. Polen und die Sowjetunion seien gleichermaßen an einer Stärkung dieser „Schwachstelle“ interessiert, und dazu müßte man eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen treffen. Becks Ausführungen ließen den sowjetischen Gesandten aufhören und ihn direkt fragen: „D. h., Sie schlagen uns eine gemeinsame Politik im Baltikum vor“? Nach Antonov-Ovseenkos Aufzeichnung gab Beck darauf eine „diplomatische“ Antwort: „Darüber muß man noch sprechen.“<sup>40</sup>

Eine sowjetische Reaktion auf Becks Äußerung ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Dezember 1933 empfing Litvinov den polnischen Gesandten in Moskau, Juliusz Łukasiewicz, zu einem Gespräch. Litvinov hatte sich darauf gut vorbereitet und trug Łukasiewicz wörtliche Passagen aus dem Bericht Antonov-Ovseenkos über dessen Unterredung mit Beck vor. Er vermisste allerdings, so stellte Litvinov fest, einen konkreten Vorschlag. Seiner Meinung nach müsse man einen Schritt weitergehen und eine konkrete Form zur Realisierung von Becks Ansichten und seinen eigenen Plänen „oder auch der Interessen gegenüber dem Baltikum“ suchen. Deshalb schlage er vor, eine gemeinsame Deklaration ins Auge zu fassen, deren Grundlage die Feststellung wäre, daß die UdSSR und Polen ein gemeinsames Interesse an der Unabhängigkeit und Unantastbarkeit der baltischen Staaten als Bedingung für die Erhaltung des Friedens in diesem Teil Europas hätten; weiter sollte darin festgestellt werden, daß die Sowjetunion und Polen im Falle einer Bedrohung der baltischen Staaten sofort Kontakt aufnehmen und über die entstandene Situation beraten würden<sup>41</sup>.

Während des Gesprächs faßte Litvinov seinen Vorschlag noch einmal schriftlich zusammen, ließ eine Abschrift anfertigen und überreichte diese dann dem polnischen Gesandten<sup>42</sup>.

Litvinov betonte mehrfach, daß sowohl dieser Vorschlag der sowjetischen Regierung als auch alle weiteren polnisch-russischen Gespräche von Warschau streng vertraulich behandelt werden müßten, da dies eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg der Aktion sei. Die betroffenen baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland sollten über die polnisch-russische Deklaration erst unterrichtet werden, wenn

<sup>40</sup> Es verwundert, daß Beck, der das Interesse der Sowjetunion an den baltischen Problemen gut kannte und die Andeutungen Radecks durchaus richtig interpretiert hatte, in dem Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten von sich aus darauf zurückkam. Vermutlich wollte Beck mit seinem Hinweis auf die „Schwachstelle“ die Sowjetunion nach der „Hitler-Lipski-Erklärung“ vom 15. 11. 1933 beruhigen und darauf hinweisen, daß die deutsch-polnischen Gespräche sich nicht auf die baltischen Staaten bezögen. Dokumenty i materiały VI, Nr. 70, S. 111; ebenda, Nr. 74, S. 115 ff.; DVP XVI, Nr. 379, S. 667; ebenda, Nr. 394, S. 689 ff.; Dokumenty i materiały VI, Nr. 75, S. 121 ff.

<sup>41</sup> Ebenda, Nr. 86, S. 147.

<sup>42</sup> Polnische Übersetzung der vorgeschlagenen Deklaration, ebenda. Ausführlicher politischer Bericht Łukasiewicz vom 15. 12. 1933, ebenda, Nr. 89, S. 143 ff. Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 14. 12. sowie der russische Wortlaut der Deklaration in: DVP XVI, Nr. 426, S. 746 f.

die Verhandlungen zwischen Polen und der Sowjetunion abgeschlossen seien bzw. kurz vor der Veröffentlichung der Deklaration. Finnland sollte nach dem ausdrücklichen Wunsch Litwinovs nicht zu dem Kreis der zu garantierenden baltischen Staaten gehören<sup>43</sup>.

Mit seinem Bericht über seine Gespräche mit Litwinov schickte Łukasiewicz einen sehr persönlichen Brief an Beck, in dem er seine persönlichen Ansichten über Litwinovs Vorschlag darlegte und gleichzeitig Ratschläge erteilte, wie von polnischer Seite darauf reagiert werden sollte. Dieser Brief war im Hinblick auf die von Litwinov vorgeschlagene Deklaration von entscheidender Bedeutung. Er macht außerdem einen wichtigen Entscheidungsprozeß in der polnischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion transparent, so daß es gerechtfertigt erscheint, längere Passagen zu zitieren<sup>44</sup>.

Nach der Anrede „Lieber Minister“ schrieb Łukasiewicz:

„Da es mir scheint, daß der Vorschlag Herrn Litwinovs zum Baltikum [...] ein bedeutendes Problem nicht nur im Hinblick auf unsere Beziehungen zur UdSSR, sondern auch hinsichtlich unserer Außenpolitik insgesamt darstellt, erlaube ich mir auf sehr persönliche Weise, Dir folgende Anmerkungen vorzulegen. Es scheint mir, daß die Beweggründe für Herrn Litwinovs Vorschlag zu suchen sind: Primo – in dem wirklichen Bestreben, die politische Annäherung mit uns voranzubringen und sich vor einer eventuellen Richtungsänderung unserer Außenpolitik abzusichern. Secundo – in der Beunruhigung über das Schicksal der baltischen Staaten im Zusammenhang mit möglichen Tendenzen der Politik Hitlers sowie in der sog. inneren Faszisierung Lettlands und Estlands. Tertio – in dem Bestreben, uns in der Beziehung zu Deutschland zu kompromittieren und die durch die Lipski-Hitler-Erklärung begonnene und weiter fortschreitende Entspannung zu erschweren oder zu verhindern.

Es kann sein, daß in der augenblicklichen Situation die in Punkt drei ausgeführte Tendenz am stärksten wirkt. [...]

Was den Deklarationsentwurf selbst betrifft, so scheint mir, daß er sich in seiner grundsätzlichen Tendenz vor allem auf der Linie derjenigen Handlungsmethoden auf internationalem Gebiet bewegt, die wir anderswo und bei anderen Gelegenheiten bekämpfen. Ich fürchte, daß eine polnisch-sowjetische Deklaration, die sich im Rahmen des Litwinov-Entwurfes bewegt, von den baltischen Staaten nämlich genauso verstanden werden könnte, weil sie darin immerhin als Objekte unserer und der sowjetischen Politik behandelt werden.

Aus diesem Grund wie auch angesichts unzweifelhaft negativer Auswirkungen, die eine Realisierung des Litwinovschen Entwurfes auf unsere Beziehungen zu Deutsch-

<sup>43</sup> Weder Łukasiewicz noch Litwinov notieren diesen Passus des Gesprächs in ihren offiziellen Aufzeichnungen. Seine Richtigkeit steht aber außer Frage, da er aus den weiteren Gesprächen beider Partner rekonstruiert werden kann. Vgl. Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 176. In den DVP XVII ist dieses Gespräch nicht abgedruckt. Vgl. ebenfalls Łukasiewicz's Aufzeichnung vom 21. 2. 1934, AAN, MSZ 6764; Waclaw Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Paris 1936–1939. Papers and Memoirs of Juliusz Łukasiewicz, Ambassador of Poland*, New York/London 1970, S. 375 ff.

<sup>44</sup> Brief Łukasiewicz's an Beck vom 15. 12. 1933, AAN, MSZ 6764.



land haben müßte, vermute ich, daß Du auf den Vorschlag Litvinovs weder gänzlich eingehen wollen noch eingehen können wirst.

Andererseits wäre es beim heutigen Stand unserer Beziehung zu Moskau, wo das Mißtrauen noch lebendig ist und noch ziemlich starke Rückwirkungen besitzt, meiner Meinung nach nicht ratsam, ein neues ernsthaftes Mißverständnis zu schaffen oder Litvinov völlig zu enttäuschen.

Falls Du die obigen Prämissen als richtig ansehen solltest, glaube ich, daß es am besten wäre, auf Litvinovs Vorschlag allgemein zu antworten, indem Du feststellst, daß Du ihn mit Interesse einer eingehenderen Untersuchung unterziehen wirst und daß Du nicht a priori den Gedanken eines weiteren Schrittes auf dem Wege zu einer politischen Annäherung durch die Verkündung einer gemeinsamen Deklaration entsprechenden Inhalts ablehnst. Es müßte betont werden, daß eine solche Deklaration einen Fortschritt in unseren Beziehungen, die sich bisher auf den Nichtangriffspakt stützten, bedeuten und mit diesem sachlich verbunden sein müßte. Weiter würde ich vorschlagen, und das scheint mir das Wichtigste zu sein, daß schon jetzt in der ersten Antwort, die ich Litvinov in Deinem Namen übergeben werde, auf die von Litvinov im Gespräch mit Botschafter Wysocki angeschnittene Möglichkeit Deines Besuches in Moskau Bezug genommen und gesagt wird, daß Du diesen Besuch als geeignete Gelegenheit ansiehst, eine ähnliche Deklaration zu veröffentlichen oder deren Inhalt einfach in ein normales amtliches Communiqué aufzunehmen, wie das bei solchen Gelegenheiten herausgegeben wird. In diesem Falle müßte man den Termin präzisieren, an dem Du nach Moskau kommen könntest<sup>45</sup>.

Ein solches Vorgehen würde es uns erlauben, Zeit zu gewinnen, und gleichzeitig würde die konkrete Ankündigung Deines Besuches eine Atmosphäre schaffen, in der es leichter wäre, die heiklen oder für uns unannehmbaren Vorschläge Litvinovs abzulehnen oder einfach ehrlich zu kritisieren. [...]

Was den Inhalt einer eventuellen Deklaration oder eines Communiqués betrifft, so glaube ich, daß man ihn nach Annahme des oben skizzierten Planes für ein Vorgehen so gestalten könnte, daß er einen maßvollen Fortschritt in der Entwicklung unserer Beziehungen bedeuten würde und sowohl in Berlin als auch im Westen überhaupt als nützlich diskontiert werden könnte. Zur Erhellung des Bildes unserer hiesigen Situation muß ich hinzufügen, daß ein bestimmter Vertrauensbruch, der durch die Erklärung Lipski-Hitler hervorgerufen worden ist, zwar ständig schwächer wird, aber weiterhin anhält. Ich zweifle nicht daran, daß unter diesen Bedingungen irgendein deutlicher Gegensatz der Standpunkte in der baltischen Frage, die Litvinov ausschließlich aus der Sicht der Beziehungen zu Deutschland betrachtet, hier zu bedeutenden Ausmaßen aufgebläht und als Beweis der Unehrllichkeit unserer Politik angesehen werden würde.<sup>46</sup>

<sup>45</sup> Aus den USA kommend (Aufnahme diplomatischer Beziehungen), hatte sich Litvinov vom 2. bis 5. 12. 1933 in Rom aufgehalten und den polnischen Botschafter, Alfred Wysocki, zu einer Unterredung getroffen; vgl. Alfred Wysocki, *Tajemnice dyplomatycznego sejfu*, Warschau 1979, S. 229.

<sup>46</sup> Łukasiewicz schreibt u. a. weiter, daß Litvinov sich besonders für die Vorgeschichte der Lipski-Hitler-Erklärung vom 15. 11. 1933 interessiert habe. Er habe gefragt, ob Polen einen Nichtangriffspakt mit Berlin abschließen wolle, worauf er, Łukasiewicz, geantwortet habe, daß im Augenblick solche Verhandlungen mit Deutschland nicht geführt würden. Brief Łukasiewicz's vom 15. 12. 1933, AAN, MSZ 6764.

Genau in diesem Rahmen bewegte sich die polnische Verhandlungstaktik in den nun folgenden polnisch-sowjetischen Gesprächen über eine gemeinsame Garantieerklärung zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Wie Łukasiewicz dargelegt hatte, war die Deklaration in der von Litvinov vorgeschlagenen Form für Polen unannehmbar. Eine Ablehnung des Vorschlags kam nach Łukasiewicz Auffassung aber nicht in Frage, weil damit die nach der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes von 1932 mühsam aufgebaute polnisch-sowjetische Entspannung mit einem Schlage beendet und angesichts des deutsch-polnischen Flirts und der deutsch-polnischen Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag aller Welt klar vor Augen geführt worden wäre, in welchem Lager Polen sich befand<sup>47</sup>.

Vor einer Ablehnung des sowjetischen Vorschlags mußten nach polnischer Auffassung erst die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sein. Damit sollte verhindert werden, daß der polnisch-sowjetische Gegensatz von deutscher Seite ausgenutzt würde. Auch war es andererseits nicht ausgeschlossen, daß allein die Tatsache polnisch-sowjetischer Gespräche, die niemandem verborgen bleiben konnten, die Position Warschaws in den Verhandlungen mit Berlin stärken und sich positiv auf Fortgang und Ergebnis dieser Gespräche auswirken könnte<sup>48</sup>.

Da eine sofortige Ablehnung des sowjetischen Vorschlags ausgeschlossen war, kam es der polnischen Seite darauf an, erst eine Atmosphäre zu schaffen, wie Łukasiewicz sich ausgedrückt hatte, in der eine Absage möglich wäre, ohne größeren Schaden für die polnische Außenpolitik anzurichten. Bei dem Spiel auf Zeit wurde der Besuch Becks in Moskau ausgiebig genutzt, denn Warschau hatte hier die Chance, den Zeitpunkt mehr oder weniger nach Belieben zu verschieben und selbst zu bestimmen. Da aber eine offizielle sowjetische Einladung noch nicht vorlag, mußte bei der ersten Antwort auf Litvinovs Initiative eine geschickte Formulierung gefunden werden, die die gewünschte Reaktion auf sowjetischer Seite zur Folge haben würde.

Am 19. Dezember konnte Łukasiewicz dem sowjetischen Außenkommissar Becks Antwort überbringen<sup>49</sup>. Litvinovs Vorschlag so hieß es darin, entspreche auch Becks „persönlichen Ansichten“, und auch Beck halte es „im Prinzip“ für möglich, eine solche Deklaration „bei passender Gelegenheit“ zu unterzeichnen<sup>50</sup>.

Litvinov reagierte auf diesen Passus wie beabsichtigt. Er wisse zwar nicht, so sagte er, was Beck darunter verstehe, aber ihm scheine es, daß beide Seiten die Deklaration

<sup>47</sup> Polen hatte wegen seines „Flirts“ mit Hitlerdeutschland auch schon so genügend Kritik zu ertragen, und das nicht nur von sowjetischer Seite; vgl. Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie*, S. 80 ff.

<sup>48</sup> Darauf weist hin Karol Lapter, *Problem bałtycki w stosunkach Polski z Niemcami i Związkiem Radzieckim w okresie międzywojennym*, in: *Studia z najnowszych dziejów Powszechnych*, 1963/4, S. 14; *Dokumenty i materiały VI*, Nr. 40, S. 69.

<sup>49</sup> Über die Unterredung Litvinov-Łukasiewicz vom 19. 12. 1933 siehe Aufzeichnung Litvinovs, ebenda, Nr. 91, S. 161 ff.; DVP XVI, Nr. 431, S. 755 ff. Zu Łukasiewicz's Gedächtnisprotokoll dieser Unterredung vgl. Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Paris*, S. 375 ff.

<sup>50</sup> *Dokumenty i materiały VI*, Nr. 91, S. 161 f.; DVP XVI, Nr. 431, S. 755. Beck benutzte im Gespräch mit dem sowjetischen Gesandten am 22. 12. 1933 die gleiche Formulierung, DVP XVI, Nr. 436, S. 762.

wollten, und es nur noch darauf ankomme, die passende Gelegenheit festzulegen. Er könne sich darunter ein persönliches Treffen mit Beck vorstellen. Nachdem Łukasiewicz dem zugestimmt hatte, erinnerte Litvinov an Čičerins und seinen eigenen Besuch in Warschau<sup>51</sup>, die bisher ohne Erwiderung geblieben seien. Łukasiewicz antwortete darauf „sofort“, daß er keine Schwierigkeiten für einen Besuch Becks in Moskau sehe, gab aber zu Bedenken, daß Beck am 15. Januar 1934 zu einer Völkerbundsratssitzung nach Genf reisen müsse; dann werde wahrscheinlich noch Paul-Boncour, der französische Außenminister, nach Warschau kommen, und Beck müsse auch noch nach Bukarest reisen<sup>52</sup>.

Litvinov war von der voraussehbaren Verzögerung nicht sehr angetan. Am 21. Dezember machte er Łukasiewicz auf die Notwendigkeit aufmerksam, „die Realisierung dieser Angelegenheit zu beschleunigen“; „wir sind bereit, Beck nach Beendigung der CIK-Sitzung jederzeit zu empfangen.“<sup>53</sup> Am 26. Dezember überbrachte der polnische Geschäftsträger in Moskau, Henryk Sokolnicki – Łukasiewicz war über Weihnachten nach Warschau gefahren –, Litvinov die Nachricht, daß Beck die Einladung nach Moskau angenommen habe. Auch er halte, so ließ Beck wissen, seinen geplanten Moskau-Besuch für die günstigste Gelegenheit, die vorgeschlagene Deklaration zu unterzeichnen, jedoch könne er noch keinen Termin nennen. Litvinov wiederholte daraufhin noch einmal seinen Standpunkt, daß man die Deklaration so schnell wie möglich unterzeichnen solle. Dazu würde sich am besten ein Besuch Becks noch vor dessen Reise nach Genf eignen, da es ansonsten schwierig sein würde, die ganze Sache vor der Presse geheimzuhalten. Außerdem würde ein von vornherein negativer Standpunkt Deutschlands eine unangenehme Situation schaffen. Die sowjetische Regierung jedenfalls sei durch keinerlei Termine gebunden<sup>54</sup>.

Der polnisch-sowjetische Gegensatz in der Frage des Termins für die Unterzeichnung der geplanten Deklaration schien unüberbrückbar. Beck war dabei im Vorteil, da allein er über den Termin bestimmen konnte. Um eine Entscheidung über den Litvinovschen Deklarationsentwurf möglichst lange hinauszuzögern, ihn womöglich gar zum Scheitern zu bringen, ohne eine eigene Entscheidung darüber treffen zu müssen, konnte Beck noch einen weiteren Trumpf ausspielen: Für die polnische Außenpolitik war der Wunsch Litvinovs, die baltischen Staaten nicht an der Redaktion der geplanten Deklaration zu beteiligen und sie erst später darüber zu informieren, völlig unannehmbar. Schon in der ersten Instruktion für Łukasiewicz's Gespräch mit Litvinov am 19. Dezember 1933 hatte Beck dargelegt, daß die polnische Regierung es nicht für richtig oder erlaubt erachte, über Dinge zu sprechen, die die baltischen

<sup>51</sup> Vgl. dazu Dokumenty i materiały VI, S. 163, Anm. 3.

<sup>52</sup> Ebenda, Nr. 91, S. 162; DVP XVI, Nr. 463, S. 756.

<sup>53</sup> Das CIK (Central'nyj Iсполnitel'nyj Komitet), das Zentrale Exekutivkomitee der UdSSR, tagte in Moskau vom 28. 12. 1933 bis zum 4. 1. 1934.

<sup>54</sup> Litvinovs und Sokolnickis Aufzeichnung, in: Dokumenty i materiały VI, Nr. 93, bzw. Nr. 94, S. 165f.

Staaten direkt betreffen – ohne deren Wissen oder Teilnahme an diesen Gesprächen. Die polnische Regierung schlage daher vor, daß Moskau und Warschau die Regierungen der baltischen Staaten vertraulich über den beabsichtigten Text der Deklaration informieren und deren Stellungnahme dazu einholen sollten<sup>55</sup>.

Beck persönlich führte am 22. Dezember 1933 dem sowjetischen Gesandten in Warschau gegenüber aus, „daß man selbstverständlich nicht deklarieren dürfe, ohne rechtzeitig die daran Interessierten in Kenntnis zu setzen“; das müsse die Deklaration nicht verzögern<sup>56</sup>. Dabei war er sich sicher im klaren darüber, daß genau das Gegenteil der Fall sein würde, denn es war kaum damit zu rechnen, daß sich die betroffenen Staaten Litauen, Estland, Lettland und Finnland so schnell, wenn überhaupt, auf einen gemeinsamen Standpunkt einigen würden. Von polnischer Seite war das alles beabsichtigt, selbst wenn die Forderung nach Konsultation der baltischen Staaten aus grundsätzlichen Erwägungen gestellt worden war.

Verzögerungen befürchtete auch Litvinov, der noch am 21. Dezember Łukasiewicz fragte, wie Beck verfahren wolle, falls die baltischen Staaten Einwände erheben sollten, worauf Łukasiewicz nach Litvinovs Aufzeichnung allerdings keine Antwort wußte<sup>57</sup>. Wie stark der Widerstand Litvinovs gegen Sondierungsgespräche in den baltischen Hauptstädten auch gewesen sein mag, Tatsache ist, daß die sowjetischen Gesandten ihren polnischen Kollegen in allen drei Hauptstädten bei der Information der baltischen Regierungen zuvorkamen<sup>58</sup>, was für Polen durchaus peinlich, von sowjetischer Seite aber wohl nicht unbeabsichtigt war.

Da es keine Absprachen darüber gegeben hatte, wann die einzelnen Staaten informiert werden sollten, und Łukasiewicz trotz aller Widerstände Litvinovs das Gefühl hatte, daß Litvinov die baltischen Staaten umgehend benachrichtigen würde, riet er Beck, Riga, Tallinn und Helsinki „vertraulich und ohne Verzug über die sowjetische Initiative und den polnischen Standpunkt dazu“ zu informieren<sup>59</sup>. Beck befolgte diesen Rat und verfaßte am 22. Dezember die entsprechende Instruktion an die polnischen Gesandten in den drei baltischen Hauptstädten. Er schrieb darin, daß in Gesprächen mit der Sowjetunion das beiderseitige Interesse an der Erhaltung und Sicherung der territorialen Integrität und Unabhängigkeit der vier baltischen Staaten fest-

<sup>55</sup> Nach Łukasiewicz Gedächtnisprotokoll aus dem Jahre 1943 in: Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Paris*, S. 378. Litvinov erwähnt diesen Passus in seiner Aufzeichnung vom 19. 12. 1933 nicht direkt. Er notierte aber ohne einen direkten Bezug: „Wir hatten selbst die Absicht nach der Antwort aus Warschau die interessierten Staaten zu informieren, und wir werden das auch tun“. Er habe jedoch Bedenken hinsichtlich Finnlands wegen dessen „bekannter Sympathien“ für Deutschland; *Dokumenty i materiały VI*, Nr. 91, S. 162; *DVP XVI*, Nr. 431, S. 755. Vgl. auch noch: *Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series (DBFP 2.) VII*, Nr. 568, S. 647.

<sup>56</sup> Aufzeichnung Antonov-Ovseenkos über sein Gespräch mit Beck vom 22. 12. 1933, *DVP XVI*, Nr. 436, S. 762.

<sup>57</sup> *DVP XVI*, S. 876, Anm. 315.

<sup>58</sup> Wegen der zwischen Polen und Litauen strittigen Wilna-Frage bestanden zwischen beiden Ländern weder diplomatische noch sonstige Beziehungen.

<sup>59</sup> Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Paris*, S. 378.

gestellt worden sei. Beide Staaten zögen die Möglichkeit in Betracht, dieses gemeinsame Interesse in einer öffentlichen Deklaration zu bekräftigen. Da Polen gemäß den Grundsätzen seiner Politik Angelegenheiten dritter Staaten nicht ohne deren Einverständnis und Benachrichtigung behandle, frage es vertraulich an, ob Einwände gegen eine solche Deklaration bestünden<sup>60</sup>. Die Instruktion endete mit dem Zusatz: „Ich füge zur Information hinzu, daß die Initiative, sich an die baltischen Staaten zu wenden, von der polnischen Regierung ausgegangen ist, und daß die sowjetische Regierung ihrerseits analoge Gespräche mit den Regierungen der baltischen Staaten durchführen soll, wobei in Litauen nur die Sowjets die *Démarche* machen und in Finnland anscheinend nur wir.“<sup>61</sup>

Noch kurz vor seiner Abreise in den Weihnachtsurlaub konnte Łukasiewicz Litvinov am 23. Dezember darüber informieren, daß von polnischer Seite bereits mit den Sondierungsgesprächen in den baltischen Hauptstädten begonnen worden sei, wobei Beck es für unmöglich gehalten habe, Finnland zu übergehen. Litvinov konnte darauf ruhig antworten, daß auch die sowjetischen Gesandten schon entsprechende Instruktionen bekommen hätten; was Estland betreffe, so habe er selbst bereits mit dem estnischen Gesandten Tofer in Moskau gesprochen<sup>62</sup>.

Dieses Gespräch hatte bereits am 21. Dezember stattgefunden. Als der polnische Geschäftsträger in Tallinn, Jan Starzewski, noch am 23. Dezember den estnischen Außenminister Julius Seljamaa aufsuchte, um ihn über das Deklarationsprojekt zu informieren, wußte dieser schon Bescheid. Dennoch erfuhren beide viel Neues voneinander. Seljamaa las Starzewski den Bericht Tofers über dessen Gespräch mit Litvinov vor. Litvinovs Ausführungen gegenüber Tofer, so berichtete Starzewski, hätten vor allem einen stark antideutschen Charakter getragen und seien in der Absicht gemacht worden, in den baltischen Staaten ein tiefes Gefühl der Unsicherheit gegenüber den Ereignissen in Deutschland zu wecken. Nach Litvinovs Version sollten bei der geplanten polnisch-sowjetischen Deklaration folgende Punkte Berücksichtigung finden:

1. Die Deklaration solle nicht Finnland betreffen. 2. Sie solle in Berlin lediglich als *Démarche* zum Ausdruck gebracht werden, in der der polnische und der sowjetische Standpunkt dargelegt würden. 3. Sie solle vor Finnland, angeblich wegen dessen enger Beziehungen zu Deutschland, geheim gehalten werden.

Starzewski berichtete weiter, daß Seljamaa der Sowjetunion nach Weihnachten antworten wolle; zuvor wolle sich die estnische Regierung aber mit der lettischen Regierung in Verbindung setzen. Seljamaa habe persönlich nichts gegen eine *Démarche* in Berlin einzuwenden, der Ausschluß Finnlands sei jedoch unverständlich und nicht angebracht. Diese „taktischen, ungeschickten Tricks“ hätten in Tallinn, so Starzew-

<sup>60</sup> Der Wortlaut dieses Teils der Instruktion ist abgedruckt in: *Dokumenty i materiały VI*, Nr. 91, S. 163, Anm. 2.

<sup>61</sup> Dieser Zusatz fehlt in obiger Dokumentensammlung. Telegramm Becks an die polnischen Gesandten in den baltischen Staaten vom 22. 12. 1933, AAN, MSZ 6764.

<sup>62</sup> DVP XVI, S. 876, Anm. 315.

ski, nicht sonderlich überrascht, da es nicht das erste Mal gewesen sei, daß die Sowjetunion versucht habe, Finnland aus dem Kreis der baltischen Staaten auszuschließen und einen gemeinsamen Standpunkt aller baltischen Staaten zu verhindern<sup>63</sup>.

Nachdem der sowjetische Gesandte Stepan Brodovskij in Riga bereits am 22. Dezember beim lettischen Außenminister Woldemar Salnais in Sachen polnisch-sowjetischer Deklaration vorgesprochen hatte, weigerte sich Salnais, den polnischen Gesandten Zygmunt Beczkowicz überhaupt zu empfangen. Obwohl sich Beczkowicz am 23. und 24. Dezember intensiv um ein Gespräch bemühte, lehnte Salnais ein Treffen ab und ließ sich sogar verleugnen. Beczkowiczs Bitte um eine Audienz wurde erst am 28. Dezember entsprochen. Salnais bestätigte dabei, daß er über die geplante Deklaration bereits vom sowjetischen Gesandten informiert worden sei, und zwar dahingehend, daß es sich um eine Deklaration handle, die „von der UdSSR angeregt und von Polen akzeptiert“ worden sei<sup>64</sup>. Er betrachte, so Salnais weiter, den sowjetischen Vorschlag mit „ungeheurem Mißtrauen“, und er befürchtete von sowjetischer Seite irgendwelche Intrigen, die sich sehr negativ auf die baltischen Staaten auswirken könnten. Besonders Berlin, das nach den Erläuterungen des sowjetischen Gesandten sofort informiert werden würde, konnte negativ reagieren. Privat habe der Außenminister Brodovskij gegenüber geäußert, so Beczkowicz in seinem Bericht, daß die geplante Deklaration für Lettland eine „heikle Sache“ sei, da sie den Anschein erwecke, als solle Lettland in Obhut genommen werden, bis zu einem gewissen Grad könne es sogar die Unabhängigkeit verlieren, zumal die Deklaration von der Sicherung nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Unabhängigkeit spreche<sup>65</sup>.

Nach Meinung des lettischen Gesandten in Tallinn weckte die Deklaration in Riga die Befürchtung, daß in Zukunft eine sowjetische Einmischung in Lettland besonders aufgrund der Handelsvereinbarungen erleichtert werde. Eine Zustimmung zu einer Deklaration, in der festgestellt werde, daß Polen und die Sowjetunion sich im Falle einer Bedrohung der baltischen Staaten über gemeinsame Maßnahmen einigen würden, käme daher einer Einwilligung in die Übernahme einer Art polnisch-sowjetischer Schirmherrschaft über Lettland gleich<sup>66</sup>. Insgesamt waren die Letten der Meinung, daß die geplante Deklaration „mehr beunruhige als beruhige“<sup>67</sup>.

Die bei weitem schwierigste Mission hatte der polnische Gesandte in Helsinki, Franciszek Charwat, zu erfüllen. Auch er konnte am 23. Dezember den finnischen Außenminister Antti Hakzel nur als zweiter informieren<sup>68</sup>. Hakzel war nicht gut auf

<sup>63</sup> Telefonogramm und dessen schriftliche Bestätigung durch Starzewski vom 23. 12. 1933 sowie dessen politischer Bericht vom 5. 1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>64</sup> Telegramm Beczkowiczs aus Riga vom 28. 12. 1933, ebenda. Mit Sicherheit lag in dem letzten Hinweis der Grund für Salnais Weigerung, den polnischen Gesandten zu empfangen.

<sup>65</sup> Politischer Bericht Beczkowiczs vom 6. 1. 1934, ebenda.

<sup>66</sup> Bericht Starzewskis vom 28. 12. 1933, ebenda.

<sup>67</sup> Telegramm Beczkowiczs vom 28. 12. 1933, ebenda.

<sup>68</sup> Der sowjetische Gesandte, Boris Stejn, war kurz zuvor bei Hakzel gewesen, der Charwat gegenüber jedoch nichts davon erwähnt hatte. Charwats Telegramm vom 26. 12. 1933, ebenda.

die Deklaration zu sprechen. Finnland habe, so Hakzel, keinen weiteren Bedarf an Garantien. Es habe nur einen Wunsch: Die bestehenden Verträge müßten loyal eingehalten werden, und außer durch die Sowjetunion sei Finnland von keiner Seite gefährdet<sup>69</sup>.

Am 27. Dezember hatte Charwat mit Hakzel ein weiteres „langes, unangenehmes und schwieriges Gespräch“. Hakzel teilte dabei mit, daß der Ministerrat einstimmig festgestellt habe, daß Finnland sich hundertprozentig sicher fühle, eine Ausnahme sei die Sowjetunion, mit der es allerdings einen Nichtangriffspakt besitze, so daß es formal auch von dieser Seite genügend abgesichert sei. Die geplante Deklaration halte er für Finnland sogar für gefährlich. Finnland wolle, so Hakzel, auf keinen Fall in einer solchen Deklaration genannt werden. Über dieses Gespräch nach Warschau berichtend, schloß Charwat: „Falls dieser Wunsch nicht berücksichtigt werden sollte, [...] sehe ich eine ernsthafte Abkühlung der Beziehungen und ein ausdrückliches Abrücken Finnlands von uns voraus.“<sup>70</sup>

In Kaunas war der sowjetische Gesandte Michail Karskij der einzige, der die litauische Regierung in der Deklarationsfrage unterrichtete. Diese gab nach Litvinovs Worten „eine positive Antwort, indem sie unserem Vorschlag Wohlwollen entgegenbrachte“<sup>71</sup>. Das entsprach den Tatsachen, auch wenn es dabei zu Auseinandersetzungen innerhalb der litauischen Regierung gekommen sein soll, und zwar zwischen dem Staatspräsidenten Antanas Smetona und dem Außenminister Dowas Zaunius. Während Smetona den Deklarationsentwurf ohne Änderungen annehmen wollte, habe Zaunius ihn abgelehnt. Das Kabinett habe aber auf Smetonas Seite gestanden. Daraufhin habe man dem sowjetischen Gesandten eine positive Antwort gegeben<sup>72</sup>.

Die deutschen diplomatischen Vertreter in den baltischen Staaten konnten dies bestätigen. Nach Auskunft des deutschen Gesandten in Riga, Georg Martius, machte der sowjetische Gesandte in Kaunas seine *Démarche* direkt bei Smetona, der den Vorschlag begrüßt und angenommen habe. Der litauische Ministerpräsident Juozas Tūbelis soll dazu dem lettischen Geschäftsträger in Kaunas gesagt haben: „Wir haben den Vorschlag angenommen, weil er gegen Deutschland gerichtet ist.“<sup>73</sup>

Dem deutschen Gesandten in Kaunas, Erich Zechlin, gegenüber hüllten sich die litauischen Behörden allerdings in Schweigen. Noch am 10. Januar 1934 berichtete Zechlin nach Berlin, daß über die Deklaration „amtlich nichts zu erfahren“ sei. Der Außenminister habe gar alles bestritten und auch Karskij behauptete, keine Instruktionen aus Moskau erhalten zu haben. Doch wußte Zechlin aus nichtamtlicher Quelle,

<sup>69</sup> Charwats Telegramm vom 24. 12. 1933, ebenda.

<sup>70</sup> Charwats Telegramm vom 27. 12. 1933, ebenda.

<sup>71</sup> Dokumenty i materiały VI, Nr. 93, S. 165; Politischer Bericht Lukaszewicz vom 16. 1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>72</sup> Nach einem Bericht Starzewskis, der diese Auskünfte vom estnischen Außenminister bekam. Die positive Antwort Litauens, so Seljamaa, habe jedoch einige Vorbehalte enthalten, die er aber nicht kenne. Bericht Starzewskis vom 10. 1. 1934, ebenda. Vgl. auch Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 1<sup>ère</sup> Série (DDF 1.) V, Nr. 262, S. 516; DBFP 2. VII, Nr. 571, S. 653.

<sup>73</sup> Politischer Bericht Martius' vom 4. 1. 1934, P.A.A.A., Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

von einem „im allgemeinen wohl unterrichteten Gewährsmann“, daß Karskij doch eine entsprechende *Démarche* unternommen hatte. Auch habe es polnisch-litauische Kontakte gegeben. Der polnische Gesandte in Riga Beczkowicz habe den dortigen litauischen Gesandten Urbšys über die Deklaration informiert<sup>74</sup>, was wahrscheinlich zutraf, da Beczkowicz schon in seinem Brief nach Warschau vom 27. Dezember angefragt hatte, ob er ein Gespräch mit Urbšys führen solle, denn „es könnte sein, daß unser östlicher Nachbar unsere Intention in Kaunas nicht exakt wiedergibt“<sup>75</sup>.

Die Jahreswende 1933/34 brachte das endgültige „Aus“ für den Plan Litvinovs. Noch am 31. Dezember 1933 erteilte Lettland der sowjetischen Regierung eine Absage. Die lettische Regierung, so lautete diese, sehe im Augenblick keine Gefahr für die territoriale Integrität und Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Die vorgeschlagene Deklaration könne unter den augenblicklichen internationalen Bedingungen die Öffentlichkeit beunruhigen und den Eindruck erwecken, daß der Frieden in Osteuropa in Gefahr sei. Lettland schätze jedoch das Interesse der Sowjetunion am status quo im Baltikum hoch ein und begrüße jede entsprechende Äußerung verantwortlicher Politiker der UdSSR<sup>76</sup>.

Der polnische Gesandte in Riga empfing die Absage der lettischen Regierung am 3. Januar 1934<sup>77</sup>. Die Absage Estlands überreichte der estnische Gesandte in Warschau am 5. Januar<sup>78</sup>. Nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Riga habe Litvinov nach den Absagen Lettlands und Estlands noch am 5. Januar beide Gesandten empfangen und ihnen gegenüber seine Unzufriedenheit über das Verhalten beider „dem deutschen Faschismus zuneigenden Staaten“ zum Ausdruck gebracht. Er werde, so soll Litvinov gesagt haben, die innere Entwicklung in den baltischen Staaten in Zukunft noch aufmerksamer verfolgen als bisher<sup>79</sup>.

Kurz nach den Absagen Lettlands und Estlands geriet die Nachricht über eine geplante polnisch-sowjetische Garantierklärung für die baltischen Staaten wahrscheinlich durch eine gezielte Indiskretion in die europäische Presse<sup>80</sup>. Das brachte Moskau

<sup>74</sup> Politischer Bericht Zechlins vom 10. 1. 1934, ebenda.

<sup>75</sup> Persönlicher, handschriftlicher Brief Beczkowicz vom 27. 12. 1933, AAN, MSZ 6764.

<sup>76</sup> Telegramm Beczkowicz vom 3. 1. 1934 sowie dessen Politischer Bericht vom 6. 1. 1934, ebenda.

<sup>77</sup> Ebenda. Die Antwort an Polen enthielt zusätzlich eine Würdigung des polnischen Standpunktes, nichts über andere ohne deren Wissen und Einwilligung zu entscheiden.

<sup>78</sup> Wortlaut vom 5. 1. 1934, in: Ebenda. Vgl. dazu auch das Gespräch Litvinovs mit dem polnischen Geschäftsträger in Moskau, Sokolnicki, vom 7. 1. 1934, ebenda.

<sup>79</sup> Nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Riga vom 5. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten; Dokumenty i materiały VI, Nr. 95, S. 167; DVP XVI, S. 789.

<sup>80</sup> Charwat vermutete nicht zu unrecht hinter dieser Indiskretion eine lettisch-finnische Zusammenarbeit. Eine erste Notiz über die geplante Deklaration erschien in Riga in den *Jaunakas Sinas* vom 3. 1. 1934; *Uusi Suomi* veröffentlichten am 4. 1. 1934 in Helsinki mit Bezug auf die Rigaer Meldung vom Vortag einen Bericht, der bis in Einzelheiten Charakter, Inhalt und Gesprächstermine der Unterredungen um die Deklaration wiedergab. Der *Daily Herald* druckte ebenfalls am 4. 1. einen sensationell aufgemachten Bericht, der jedoch nicht annähernd die Informationen enthielt, die die *Uusi Suomi* veröffentlicht hatten. Vgl. dazu den Politischen Bericht Charwats vom



und Warschau in eine schwierige Lage. Besonders dem polnischen Außenminister paßte die vorzeitige Veröffentlichung nicht ins Konzept, insbesondere wegen der deutsch-polnischen Gespräche, die sich im Endstadium befanden und die Beck so schnell wie möglich abschließen wollte. Auch wenn Beck die Unterzeichnung einer Deklaration, die im Grunde genommen eine antideutsche Spitze enthielt, nie ernsthaft erwogen hatte, konnte der polnische Flirt mit Moskau den Abschluß der geplanten Nichtangriffserklärung mit Deutschland verzögern oder gar gefährden. Noch am Tage der Veröffentlichungen in der Presse, dem 4. Januar, schickte Beck deshalb Instruktionen an den polnischen Gesandten in Berlin, Jozef Lipski. Im Bedarfsfalle, so schrieb Beck, könne Lipski der deutschen Führung erklären, daß die baltischen Staaten bis vor kurzem Gegenstand entgegengesetzter polnischer und russischer Politik gewesen seien. Dieser Gegensatz sei nun im Zusammenhang mit der allgemeinen Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beseitigt worden. Die polnisch-sowjetischen Gespräche dürften jedoch nicht, wie es die Presse fälschlicherweise tue, mit einem allgemeinen baltischen Plan identifiziert werden. Falls das baltische Problem in seiner Gesamtheit berührt werden sollte, würde Polen Deutschland nicht übergehen. Am Schluß der Instruktion bat Beck Lipski, ihm die Reaktionen der deutschen Presse auf die Nachrichten aus London und Helsinki zu übermitteln. Eine Beurteilung der Stimmung in Berlin sei wichtig, „denn ich möchte eventuell noch vor Genf jene besagte grundlegende Angelegenheit beenden“<sup>81</sup>.

Beck wollte damit seine deutschen Gesprächspartner beruhigen. Er brachte ein weiteres Mal zum Ausdruck, daß er nicht die Absicht habe, die von Litvinov vorgeschlagene Deklaration zu unterzeichnen<sup>82</sup>. Jedoch hielt er den Termin für eine endgültige Absage noch nicht für gekommen, zumal dieser, wie noch gezeigt wird, in einem direkten Zusammenhang mit dem Abschluß der polnisch-deutschen Verhandlungen stand. Beck wollte diese Verhandlungen, die „besagte grundlegende Angelegenheit“, noch vor seiner Reise zum Völkerbundsrat, die für den 13. Januar geplant war, erfolgreich abschließen.

Am 5. Januar 1934 berichtete Lipski nach Warschau, daß die deutsche Presse sich zum Deklarationsproblem weniger einheitlich als gewohnt gezeigt habe; Polen werde eher geschont, die NS-Presse Berlins habe nicht einmal das amtliche Communi-

12.1. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. ebenfalls Gregorowicz, *Polsko-radzieckie stosunki dyplomatyczne*, S. 152ff. Martius berichtete aus Riga, daß der finnische Außenminister den Wunsch gehabt habe, die ganze Angelegenheit in der Presse von Riga oder Reval (Tallinn) aus „hochgehen zu lassen“; *Politischer Bericht Martius'* vom 4.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Polnisch-sowjetischer Garantieakt über Unabhängigkeit der Randstaaten. Hakzel bestritt Charwat gegenüber jedoch jegliche Schuld an den Indiskretionen und verwies auf Lettland; Telegramm Charwats vom 10.1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>81</sup> Telegramm Becks an Lipski vom 4.1. 1934, ebenda.

<sup>82</sup> Auch dem britischen Botschafter in Warschau gegenüber sagte Beck nach den Presseenthüllungen: „Die polnische Regierung ist kein Befürworter lokaler politischer Verträge über das Baltikum.“ Telegramm Becks an die polnische Botschaft in London vom 7.1. 1934, ebenda. Gespräch Becks mit William Erskine, DBFP 2. VII, Nr. 555 und Nr. 556, S. 632f.

qué gedruckt<sup>83</sup>. Dagegen werde Rußland als Initiator dieses mißlungenen Schrittes hingestellt. Trotz allem befürchte er, so Lipski abschließend, einen eher nachteiligen Einfluß auf die „besagten Gespräche“<sup>84</sup>.

Lipski bekam erst am 9. Januar Gelegenheit, Becks Instruktionen beim deutschen Außenminister, Konstantin Freiherr von Neurath, vorzubringen. Dieser führte die sowjetischen Pläne auf die „Nervosität Litvinovs“ zurück. Gerüchte über deutsche Annexionspläne im Baltikum bezeichnete er als lächerlich. Eine Gefahr für diese Staaten sehe er vielmehr im russischen Imperialismus. Deutschland sei an einer möglichst dauerhaften Erhaltung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten interessiert. Er sehe nicht, welchen Gewinn Polen aus einem gemeinsamen Vorgehen mit Moskau im Baltikum ziehen wolle. In der „besagten Angelegenheit“, so Lipski, habe er den Text überreicht<sup>85</sup> und gemäß den Instruktionen Becks auf die Möglichkeit der „Finalisierung“ noch in „dieser Woche“ hingewiesen<sup>86</sup>. Neurath habe keine Einwände gegen den Text erhoben, aber hinzugefügt, daß er ihn prüfen müsse, und eine schnelle Antwort versprochen<sup>87</sup>.

Gegenüber der Sowjetunion wollte Beck, trotz der bereits vorliegenden Absagen und trotz der Veröffentlichungen in der europäischen Presse, das begonnene Spiel fortsetzen. Seine sowjetischen Gesprächspartner setzte er gleich doppelt davon in Kenntnis, daß sich seine positive Einstellung zur Deklaration nicht geändert habe.

Am 5. Januar 1934 empfing er den sowjetischen Gesandten in Warschau, um diesem zu erklären, daß er keinerlei Gründe sehe, die geplante Aktion abzusagen. „Sie muß zu Ende geführt werden, wenn das die Absicht Herrn Litvinovs ist.“<sup>88</sup> Schon am Tag zuvor hatte er den polnischen Geschäftsträger in Moskau angewiesen, Litvinov zu erklären, daß die negative Haltung Finnlands und die zweideutige der übrigen Staaten die Frage der Deklaration „ein wenig kompliziere“. Die letzte

<sup>83</sup> Darin hatte es u. a. geheißen: „Die Londoner Meldung des Daily Herald über gewisse Aktionspläne der Russen und Polen in den Randstaaten mit einer Spitze gegen Deutschland dürften den Absichten maßgebender Kreise in den beiden Ländern entsprechen“, DNB-Meldung vom 4. 1. 1934.

<sup>84</sup> Telegramm Lipskis vom 5. 1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>85</sup> Bei dem überreichten Text handelte es sich um den polnischen Gegenvorschlag einer Nichtangriffserklärung. Vgl. dazu Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie*, S. 102 f.; Tytus Komarnicki (Hrsg.), *Diariusz i Teki Jana Szembeka*, London 1964, Bd. 1, S. 124 ff. Der Wortlaut des polnischen Gegenvorschlags sowie Neuraths Gesprächsaufzeichnung vom 9. 1. 1934, in: ADAP C II, Nr. 168, S. 304 ff.

<sup>86</sup> Der 9. Januar war ein Montag. Von Neurath gab dieses Angebot Lipskis so wieder: Lipski „habe die Vollmacht zur Zeichnung und sei jederzeit dazu bereit“, in: Ebenda.

<sup>87</sup> Telegramm Lipskis vom 9. 1. 1934, AAN, MSZ 6764; Wacław Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs (of Józef Lipski)*, New York 1968, S. 131 ff. Nach der Aufzeichnung von Neuraths habe Lipski zu den polnisch-russischen Deklarationsgesprächen ausgeführt, daß es völlig unrichtig sei, daß von russischer Seite der Abschluß eines regelrechten Paktes zur Garantierung der Unabhängigkeit der Randstaaten vorgeschlagen worden sei. Auf einen solchen Pakt würde Polen nicht eingehen, und wenn, dann hätte man „auf alle Fälle“ die deutsche Regierung davon in Kenntnis gesetzt; ADAP C II, Nr. 169, S. 306.

<sup>88</sup> Aufzeichnung Antonov-Ovseenkos vom 5. 1. 1934, DVP XVII, Nr. 5, S. 27.

Presse- und Politikampagne ändere aber nichts am „Meritum der Sache“, und er hoffe, daß „wir einen Weg für eine künftige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet finden“. Er bedaure, daß er nicht vor der Sitzung des Völkerbundsrates nach Moskau kommen könne; der Besuch Paul-Boncours noch vor der Sitzung sei weggefallen, doch müsse er sich auf ein Exposé im Senat und auf den Vorsitz im Völkerbundsrat vorbereiten. Danach nehme er an der Abrüstungskonferenz teil und dann komme der französische Außenminister. In Moskau könne er erst Mitte Februar sein. Weiter führte Beck aus, daß Polen ein weiteres dringendes Problem sehe, über das er sich mit der Sowjetunion abstimmen wolle, auch „der Marschall“ halte das für „besonders wünschenswert“, nämlich in der Abrüstungsfrage. Sokolnicki solle erkunden, welchen Weg Litvinov für eine Verständigung auf diesem Gebiet sehe<sup>89</sup>.

Trotz dieser offenkundigen Verschleppungstaktik war die sowjetische Regierung weiter auf die Deklaration fixiert. Auch die Indiskretionen in der Presse brachten sie dabei nicht aus der Ruhe. Sie reagierte darauf mit einem Dementi. TASS war „ermächtigt zu erklären“, daß die Informationen des Daily Herold nicht der Wirklichkeit entsprächen<sup>90</sup>.

Dann ging Litvinov in der Deklarationsfrage zur Tagesordnung über. Er empfing am 7. Januar den polnischen Geschäftsträger, der Becks Instruktionen vom 4. Januar weitergab. So als ob er die Absichten Becks erraten hätte, wollte Litvinov auf die Abrüstungsfrage nicht näher eingehen, da er in dieser Frage keine neuen Vorschläge zu machen habe. Verständlicherweise lag ihm die Deklaration und die Frage, wie man aus der durch die Pressemeldungen entstandenen Lage herauskommen könne, mehr am Herzen. Er wies jedenfalls jegliche Schuld an den „entstandenen Komplikationen“ von sich, da er Polen ja gewarnt habe, Finnland zu informieren. Was Lettland und Estland angehe, so sei er nicht der Meinung, daß deren Standpunkt grundsätzlich gegen die Deklaration sei. Deren ausweichende Antwort schrieb er dem Wunsch dieser Staaten zu, es sich nicht mit Deutschland zu verderben. Falls die Deklaration zustande käme, würden diese Staaten nicht besonders unzufrieden sein. Anders verhalte es sich mit Finnland. In der Deklaration könne man Finnland entweder ausschließen oder aber die baltischen Staaten allgemein nennen, ohne sie einzeln aufzuzählen. Diese könnten dann selbst entscheiden, ob Finnland darin enthalten sei oder nicht. Finnland drohe ja auch keine Gefahr, außerdem besitze es keine deutsche Minderheit. Die Sowjetunion sei bereit, das Deklarationsprojekt zum Abschluß zu bringen, doch müßte das möglichst schnell geschehen, da der Widerstand dagegen sich noch verstärken werde. Weiter bedauerte Litvinov, daß Beck nicht sofort nach

<sup>89</sup> Ebenda; Telegramm Becks an Sokolnicki vom 4. 1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>90</sup> Izvestija vom 5. 1. 1934; DVP XVII, S. 764, Anm. 6. Auch die sowjetische Gesandtschaft in Riga ließ in einer Erklärung an die Presse mitteilen, daß die in der lettischen Presse veröffentlichten polnisch-russischen Pläne nicht der Wahrheit entsprächen. Die Mehrzahl der Rigaer Blätter bezeichnete dieses Dementi jedoch als unrichtig. Bericht und Telegramm der deutschen Gesandtschaft in Riga vom 5. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Polnisch-sowjetischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

Moskau kommen könne. Falls Beck aber grundsätzlich für das Zustandekommen der Deklaration sei, so könnte man gemeinsam eine entsprechende Form finden, damit diese noch vor Becks Moskaureise zustande komme. Sie könnte sogar schon jetzt, also noch vor Becks Reise nach Genf, verabschiedet werden<sup>91</sup>. Am 11. Januar überbrachte Łukasiewicz die Antwort Becks auf Litvinovs Anregungen vom 7. Januar. Er wiederholte dabei noch einmal den Wunsch Becks, die Deklarationsfrage mit seinen Gesprächen während des geplanten Moskaubesuches zu verbinden. Es gebe noch einige Unklarheiten, die sich auf die Standpunkte Lettlands und Estlands bezögen. Auch wolle Beck sich noch über den durch Litauen eingenommenen Standpunkt näher informieren. Als Termin für einen Besuch Becks in Moskau nannte Łukasiewicz wiederum Mitte Februar.

Litvinov war davon nicht sehr angetan und versuchte Łukasiewicz zu überzeugen, daß wegen der Presseveröffentlichungen eine Beschleunigung in der Frage der Deklaration angebracht sei. Łukasiewicz reagierte darauf jedoch nicht, und Litvinov erklärte dann, daß er nur ungern mit dem Aufschub einverstanden sei. Er hob aber mit Nachdruck hervor, daß er zur Kenntnis nehme, daß die positive Einstellung Becks sich nicht geändert habe und daß es nur um den richtigen Zeitpunkt gehe sowie um die endgültige Redaktion der Erklärung, die vor allem die negative Haltung Finnlands berücksichtigen werde. Weiter betonte Litvinov, daß die Deklaration Ausdruck der Annäherung und Zusammenarbeit Polens und der UdSSR sein solle. Er habe nichts dagegen, daß auch andere Staaten sich an der Deklaration beteiligten, jedoch sollten sich diese der polnisch-sowjetischen Deklaration erst nach deren Verkündung anschließen können.

Łukasiewicz seinerseits informierte Litvinov im Auftrage Becks über einen Vorschlag der deutschen Regierung, mit Polen einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Darüber hätten, so der Gesandte, bereits Verhandlungen begonnen. Mit Nachdruck hob er gemäß den von Beck erhaltenen Instruktionen hervor, daß diese deutsch-polnischen Gespräche ausschließlich bilateralen Charakter hätten und daß nicht vorherzusehen sei, ob und wie schnell sie abgeschlossen werden könnten<sup>92</sup>. Die offizielle Benachrichtigung über die deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die polnische Hinhaltetaktik in der Deklarationsfrage, die Litvinov bereits durchschaut hatte<sup>93</sup>, führten zu einer taktischen Umorientierung der sowjetischen Haltung gegenüber Polen, auch in der Deklarationsfrage.

Moskaus Mißtrauen gegenüber dem Inhalt der polnisch-deutschen Gespräche war trotz wiederholter Erklärungen polnischer Politiker, diese beträfen ausschließlich bi-

<sup>91</sup> Telegramm und Bericht Sokolnickis vom 7. 1. 1934, AAN, MSZ 6764; DVP XVII, S. 764, Anm. 5.

<sup>92</sup> Telegramme Łukasiewiczs Nr. 6 und 7 vom 11. 1. 1934 sowie dessen politischer Bericht vom 16. 1. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. DVP XVII, Nr. 11, S. 37 ff.

<sup>93</sup> Im Gespräch mit Łukasiewicz am 1. 2. 1934 sagte Litvinov diesem offen ins Gesicht: Polen habe in der Deklarationsfrage bei grundsätzlicher Einwilligung auf Zeitgewinn hingearbeitet, um eine Situation zu schaffen, in der die Deklaration nicht mehr annehmbar sei; Telegramm Łukasiewiczs vom 1. 2. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. auch Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 176; Brief Łukasiewiczs an Beck vom 3. 2. 1934, AAN, MSZ 6764.

laterale Probleme und es gebe außer der Nichtangriffserklärung keine weiteren Vereinbarungen<sup>94</sup>, nicht gewichen. Die sowjetische Partei- und Regierungspresse bemühte sich, möglichst viele kritische Pressestimmen aus dem Ausland zur deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung zu zitieren – damit darauf hinweisend, daß nicht nur die Sowjetunion dieses Vertragswerk mit Skepsis betrachte. Die *Izvestija* fragten gar: „Was für Kompensationen wurden den Deutschen versprochen und auf wessen Kosten, damit diese auf eine gewaltsame Revision ihrer Grenzen zu Polen verzichteten?“<sup>95</sup> Unter der Überschrift „Begründete Zweifel“ zitierte die *Pravda* ausländische Pressestimmen, in denen dargelegt worden war, daß in den deutsch-polnischen Gesprächen auch über eine Teilung Osteuropas zwischen Polen und Deutschland für den Fall eines Krieges gesprochen worden sei. Danach hätte Hitler den Polen für den „Korridor“ und Schlesien Litauen, Teile Lettlands, Weißrußlands und der Ukraine mit Odessa versprochen<sup>96</sup>. Am deutlichsten kam die Unzufriedenheit über die polnische Außenpolitik in der Rede Stalins auf dem 17. Parteitag der KPdSU(b) vom 26. Januar 1934 zum Ausdruck, in der er von „Überraschungen und Zickzackbewegungen der Politik, z. B. in Polen, wo die sowjetfeindlichen Stimmungen noch stark sind“, sprach<sup>97</sup>. Die *Izvestija* veröffentlichten auf der ersten Seite eine Grußadresse der in Polen verbotenen Kommunistischen Partei Polens (KPP) an den Parteitag, was von polnischer Seite als besonderer Tiefschlag angesehen wurde<sup>98</sup>. Pressekampagne, Stalinrede und KPP-Aufruf hatten nach Einschätzung Łukasiewicz das Ziel, Druck auf Polen auszuüben; Warschau sollte dazu gezwungen werden, in der Außenpolitik größere Rücksicht auf Moskau zu nehmen, um in diesem konkreten Fall den Beck-Besuch in Moskau und das Zustandekommen der baltischen Deklaration einer Realisierung näher zu bringen. Diese Deklaration sähen die Sowjets als echten Prüfstein der Aufrichtigkeit der polnischen Politik gegenüber der UdSSR an<sup>99</sup>. Angesichts dieser Haltung sowie im Einklang mit den von Beck erhaltenen Richtlinien glaubte Łukasiewicz, daß es nun vor allem darum gehen müsse, den sowjetischen Politikern auf längere Sicht die Lust zu nehmen, auf Polen öffentlichen Druck auszuüben. Da man dies in seinen Augen nicht auf dem Weg des Gesprächs erreichen könne, sei es das Beste, den Russen mitzuteilen, daß Polen unter den augenblicklichen Bedingungen die baltische Deklaration nicht mehr für aktuell ansehe. Gleichzeitig solle Beck seine „Bereitschaft zu Gesprächen mit der Regierung der UdSSR über alle beide Länder interessierende Fragen sowie ebenfalls zum Besuch in Moskau“ betonen. „Auf diese Weise geben wir den sowjetischen Stellen einen überzeugenden Beweis dafür, daß es zwecklos ist, uns gegenüber die Taktik irgendeines Drucks anzu-

<sup>94</sup> Vgl. Dokumenty i materiały VI, Nr. 100, S. 172; Nr. 101, S. 173.

<sup>95</sup> *Izvestija* vom 29. 1. 1934.

<sup>96</sup> *Pravda* vom 5. 2. 1934.

<sup>97</sup> DVP XVII, Nr. 28, S. 85. Die Rede wurde an dem Tag gehalten, an dem die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung veröffentlicht wurde.

<sup>98</sup> *Izvestija* vom 31. 1. 1934. Łukasiewicz nannte den Aufruf „provokant“ und „ordinär“. Telegramm Łukasiewicz vom 1. 2. 1934 und Brief an Beck vom 3. 2. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>99</sup> Ebenda.

wenden, andererseits betonen wir unseren guten Willen und erleichtern Herrn Litvinov den für beide Seiten erwünschten Ausweg aus der Situation.“<sup>100</sup> Des Hinweises, daß die Gelegenheit für einen Schlußstrich unter die Deklarationsfrage günstig sei, bedurfte es bei Beck nicht mehr. Vier Tage nach Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung vom 26. Januar 1934 hatte Beck bereits in einem Telegramm an Łukasiewicz angedeutet, daß für ihn die Deklaration nicht mehr aktuell sei und ihn gebeten, Litvinov die Unzufriedenheit der polnischen Regierung über die Rede Stalins auszudrücken<sup>101</sup>. Łukasiewicz suchte Litvinov am 1. Februar auf. Er begann seine Darlegungen in einem „aggressiven Ton“<sup>102</sup>. Litvinov erwiderte, daß die Zweifel, die Stalin über die polnische Politik geäußert habe, nicht aus dem Pakt mit Deutschland resultierten, sondern aus dem polnischen Verhalten gegenüber allen sowjetischen Vorschlägen über gemeinsame politische Schritte, insbesondere hinsichtlich der baltischen Deklaration. Polen habe auf Zeit gespielt und eine Situation schaffen wollen, in der die Deklaration nicht mehr zustande kommen könne. Nur ein Besuch Becks in Moskau und die Annahme der Deklaration könnten die Situation klären und einen weiteren Schritt in Richtung Annäherung darstellen<sup>103</sup>. Łukasiewicz antwortete darauf, er sei nicht ermächtigt, irgendetwas über den geplanten Besuch Becks in Moskau zu sagen, aber er persönlich zweifle jetzt an dessen Zustandekommen, da er in einer ganz anderen Atmosphäre geplant worden sei. Was die Deklaration angehe, so könne sie nach seiner persönlichen Meinung jetzt wegfallen<sup>104</sup>.

Litvinov reagierte darauf verärgert. Er müsse nun seiner Regierung mitteilen, daß der polnische Gesandte nichts Konkretes zum Besuch Becks sowie zur baltischen Deklaration mitgebracht habe; und das werde nur den Eindruck vertiefen, dessen Ausdruck die Rede Stalins gewesen sei<sup>105</sup>. Von Łukasiewicz wurde diese Reaktion Litvinovs als Höhepunkt des sowjetischen Versuchs angesehen, die polnische Außenpolitik im Sinne Moskaus zu beeinflussen<sup>106</sup>.

Um dem Deklarationsspiel ein Ende setzen zu können, bat Łukasiewicz Warschau um definitive Instruktionen, für die er am Tag darauf Beck auch noch die notwendigen Empfehlungen unterbreitete<sup>107</sup>.

Łukasiewicz hatte die polnische Absage Litvinov gegenüber psychologisch gut vorbereitet. Er hatte den polnischen Ausstieg angedeutet, aber vorgegeben, noch kei-

<sup>100</sup> Brief Łukasiewicz's an Beck vom 3.2. 1934, ebenda.

<sup>101</sup> Telegramm Becks an Łukasiewicz vom 30.1. 1934, ebenda. Beck hatte in dieser Angelegenheit auch den sowjetischen Gesandten zu sich gebeten; Dokumenty i materiały VI, Nr. 101, S. 173.

<sup>102</sup> Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung, ebenda, Nr. 102, S. 174.

<sup>103</sup> Telegramme Łukasiewicz's Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>104</sup> Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung, Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 175. Łukasiewicz's Aufzeichnung in: Telegramme Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. auch das Telegramm Becks vom 30.1. 1934, in: Ebenda.

<sup>105</sup> Telegramme Łukasiewicz's Nr. 1 und 2 vom 1.2. 1934 sowie Brief Łukasiewicz's an Beck vom 3.2. 1934, ebenda.

<sup>106</sup> Ebenda. Litvinovs ausführliche Gesprächsaufzeichnung, in: Dokumenty i materiały VI, Nr. 102, S. 174ff.

<sup>107</sup> Vgl. S. 57.

ne entsprechenden Informationen zu haben; sogar den Beckbesuch in Moskau hatte er in Zweifel gezogen. Bei seinem nächsten Gespräch mit Litvinov am 3. Februar konnte er nun die freudige Nachricht überbringen, Beck werde doch nach Moskau kommen, zugleich aber seine Vermutung, daß die Deklaration obsolet sei, bestätigen<sup>108</sup>. Litvinovs Reaktion war zwiespältig. Den Besuch Becks hielt er nach wie vor für „sehr angebracht“, während er die polnische Begründung für die Absage als nicht stichhaltig ansah.

Diese von polnischer Seite vorgebrachten Gründe waren: 1. Die negative Haltung Finnlands, 2. die Reaktion in Litauen, die den Interessen Polens schadete<sup>109</sup>, 3. der kategorische Charakter des TASS-Dementis vom 4. Januar 1934.

Litvinov fiel es nicht schwer, diese Argumente als „absolut unglauwbüdig“ zu widerlegen. Er verwies auf die Zusicherungen Becks und Łukasiewicz, daß auch nach der Ablehnung Finnlands die Deklaration weiterhin aktuell sei; Łukasiewicz sei sogar damit einverstanden gewesen, Finnland in diesem Fall aus der Reihe der zu garantierenden Staaten zu streichen. Er frage sich, so folgerte Litvinov, was sich seit dieser Zeit geändert habe, daß die Haltung Finnlands nun als Hindernis für das Zustandekommen der Deklaration angesehen werde.

Was die Rede Zaunius' angehe, fuhr Litvinov fort, so kenne er diese nicht, aber selbst wenn Zaunius das gesagt haben sollte, was ihm zugeschrieben werde, so sehe er keinen Zusammenhang mit der Deklaration. Diese werde ausschließlich von Beck und ihm gemacht, so daß Zaunius keine Gelegenheit haben werde, irgendwelche Fragen zu stellen. Die Deklaration ändere nichts an der Position Litauens und Polens zur Wilna-Frage. Zaunius könne über Wilna reden soviel er wolle, die Deklaration würde das nicht berühren.

Die Argumentation mit dem TASS-Dementi hielt Litvinov für „ganz unverständlich“. Abgesehen davon, daß das Dementi einer Nachricht über einen Pakt gegolten habe, in dem die Neutralität der baltischen Staaten garantiert werden sollte, was nicht Absicht der Deklaration gewesen sei, habe Beck noch nach den Presseveröffentlichungen und dem TASS-Dementi seine Bereitschaft zur Realisierung der Deklaration erklärt. Aus allem könne er, Litvinov, nur folgern, daß die Entscheidung der polnischen Regierung andere Gründe habe als die, die ihm genannt worden seien. Seiner Meinung nach, fuhr Litvinov fort, sei die Deklaration „nun nach dem polnisch-deutschen Vertrag“ noch „nötiger als vorher“. Das bewiesen besorgte Reaktionen aus Estland und Lettland, die die Deklaration jetzt begrüßen würden<sup>110</sup>. Wenn

<sup>108</sup> Bereits am 12. 1. 1934 hatten die polnischen Gesandten in Tallinn, Riga und Helsinki Instruktionen zur Information der dortigen Regierungen über die endgültige polnische Deklarationsabsage erhalten. Telegramme vom 12. 1. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>109</sup> In einer Rede von Mitte Januar hatte der litauische Außenminister in Panevežys gesagt, die geplante Deklaration gebe Litauen die Möglichkeit, die Wilna-Frage von neuem auf die Tagesordnung zu setzen; Dokumenty i materiały VI, Nr. 101, S. 174, Anm. 2; ebenda, Nr. 102, S. 175; ebenda, Nr. 103, S. 179. Brief Stomonjakovs an Antonov-Ovseenko vom 4. 2. 1934, DVP XVII, Nr. 42, S. 108.

<sup>110</sup> Der lettische Außenminister Salnais war jedenfalls der Meinung, daß die deutsch-polnische Erklärung den „Geist des Friedens“ stabilisiere. Darüber hinaus sah er darin einen weiteren Vorteil:

Beck früher mit der Deklaration einverstanden gewesen sei, so habe er damals augenscheinlich gemeint, sie liege auch im Interesse Polens. Ebenfalls sollte nicht vergessen werden, daß die Idee für eine Zusammenarbeit im Baltikum von Beck ausgegangen sei; er habe diese Idee nur mit einem konkreten Inhalt gefüllt<sup>111</sup>.

Litvinov hatte die polnische Taktik durchschaut; er konnte aber nicht wissen, daß Polen zu keinem Zeitpunkt die Absicht gehabt hatte, eine polnisch-russische Deklaration über die Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu unterzeichnen – zumindest nicht in der von Litvinov vorgeschlagenen Form.

Für Polen war der sowjetische Vorschlag zu einem äußerst ungünstigen Zeitpunkt gekommen. Es war gerade dabei, seine Beziehungen zu Deutschland auf eine neue Ebene der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Gewaltverzichts zu heben. Litvinovs Vorschlag vom 14. Dezember 1933 konnte daher nur als der Versuch eines Störmanövers angesehen werden. Polen hatte aber nicht den Mut zu einer sofortigen Ablehnung, da eine solche ohne Zweifel zu einer starken Belastung des Verhältnisses zur Sowjetunion geführt und den in Moskau ohnehin vorhandenen Eindruck verstärkt hätte, Polen arbeite mit Hitlerdeutschland zusammen.

Es gab für Polen aber noch gewichtigere Gründe, die eine Annahme des sowjetischen Vorschlags von vornherein ausschlossen.

Daß der Vorschlag Litvinovs, die Deklaration ohne vorherige Sondierungsgespräche in den baltischen Staaten zu unterzeichnen, für Polen auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht annehmbar war, ist bereits hervorgehoben worden. Aber selbst eine Deklaration, in der die Unabhängigkeit der baltischen Staaten mit deren Einverständnis erklärt worden wäre, wäre in dieser pauschalen Form für Polen nicht akzeptabel gewesen, weil „ein Interesse für die litauische Unabhängigkeit allen bisherigen polnischen Aspirationen zuwiderläuft“, wie der deutsche Gesandte in Kaunas ganz zutreffend anmerkte<sup>112</sup>.

Es gehörte in der Tat zu den wichtigsten Zielen der polnischen Außenpolitik, umso mehr noch zu Lebzeiten Pilsudskis<sup>113</sup>, eine wie auch immer geartete polnisch-litauische Union zu realisieren, denn nur eine solche konnte nach polnischer Auffassung den Ansprüchen Polens im baltischen Raum voll gerecht werden. Beck hielt noch Ende 1936 im Falle einer mitteleuropäischen Krise einen „Marsch nach Kowno“ zur Sicherung dieser Ansprüche für möglich<sup>114</sup>. Und Łukasiewicz deutete sogar im Gespräch

Litauen würde jetzt seinen natürlichen Verbündeten, Estland und Lettland, näherrücken. Nach einem Bericht des französischen Gesandten in Riga, DDF 1. V, Nr. 361, S. 575 f.

<sup>111</sup> Aufzeichnung Litvinovs vom 3. 2. 1934, Dokumenty i materiały VI, Nr. 103, S. 179 f.

<sup>112</sup> Politischer Bericht Zechlins aus Kaunas vom 26. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

<sup>113</sup> Józef Pilsudski entstammte einer – ursprünglich litauischen – polnischen Adelsfamilie und war 1867 in der Nähe von Wilna geboren worden. Litauen und litauische Probleme waren zeitlebens eine Herzensangelegenheit Pilsudskis. Zu seinen Lieblingsideen gehörte eine enge Verbindung zwischen Polen und Litauen. Zu Leben und Werk Pilsudskis vgl. Waław Jędrzejewicz, Józef Pilsudski 1867–1935. Życiorys, London 21984.

<sup>114</sup> Komarnicki (Hrsg.), Diariusz i Teki Jana Szembeka, Bd. 2, S. 354.



mit Litvinov an, daß eine Garantie der litauischen Unabhängigkeit durch Polen keine Selbstverständlichkeit sei, sondern eine „großmütige Entscheidung“<sup>115</sup>. Darüber hinaus gab es auf polnischer Seite grundsätzliche Bedenken gegenüber einer politischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, diese Bedenken resultieren aus historischen Erfahrungen, waren ideologisch begründet und reichten bis zu einer irrationalen Abneigung gegenüber allem, was russisch war<sup>116</sup>. Für die Moskaureise gab Pilsudski seinem Außenminister die Order mit, ungezwungen und ohne Heuchelei für eine freundliche Atmosphäre zu sorgen, jedoch sorgfältig darauf zu achten, sich nicht auf den glatten Weg einer politischen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland ziehen zu lassen<sup>117</sup>.

Auf polnischer Seite traute man Moskau nicht. Jeder Beobachter der sowjetischen Außenpolitik, insbesondere im benachbarten und durch Erfahrungen klug gewordenen Polen, mußte hinter dem sowjetischen Deklarationsvorschlag zweideutige Absichten und Pläne vermuten. Sowohl Beck als auch Łukasiewicz, so berichtete letzterer später, argwöhnten, daß Moskau sich mit dem Vorschlag Litvinovs eine Interventionsmöglichkeit in den baltischen Staaten schaffen wollte, die durch die angestrebte Deklaration von Polen auch noch bestätigt werden sollte<sup>118</sup>. Diese Gefahr wurde auch in Estland und Lettland erkannt. Das Tallinner Blatt *Päewaleht* schrieb in einem Leitartikel: „Litvinovs Erklärung über die baltischen Staaten könnte zum Teil als Versprechen aufgefaßt werden, die Selbständigkeit der baltischen Staaten zu garantieren, aber auch als Bedrohung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten, wenn Räterußland zu dem Schluß kommen sollte, daß die innerpolitischen Prozesse in den baltischen Staaten für es unannehmbar sind.“<sup>119</sup> Noch deutlicher formulierte es der frühere mehrmalige Staatsälteste Tönisson in einem Zeitungsartikel: „Schon die Tatsache, daß die Existenz der baltischen Staaten von dem Wohlwollen Rußlands und Polens abhängig gemacht würde, müßte eine unmögliche außenpolitische Lage schaffen. Die baltischen Staaten würden vor der ganzen Welt als freiwillige Vasallen der slawischen Staaten erscheinen.“ Für äußerst gefährlich hielt er mögliche spätere Zusatzklauseln oder Erläuterungen zur Deklaration. Durch solche Sonderabmachungen könnten die beiden Schirmherren das Baltikum in zwei Interessenssphären aufteilen, wobei Litauen und Lettland dem polnischen Einfluß ausgeliefert würden, während Estland und Finnland den Rahmen für das russische „Fenster nach Europa“ bilden würden<sup>120</sup>. Daß es der Sowjetunion um die Jahreswende 1933/34

<sup>115</sup> Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 3.2. 1934, *Dokumenty i materialy* VI, Nr. 103, S. 179f.

<sup>116</sup> Vgl. Jürgen Pagel, *Polen und die Sowjetunion 1938–1939. Die polnisch-sowjetischen Beziehungen in den Krisen der europäischen Politik*, Stuttgart 1992, S. 107ff., S. 144, S. 313ff.

<sup>117</sup> Beck, *Dernier Rapport*, S. 55; ders., *Ostatni raport*, S. 66. Becks Moskau-Besuch fand vom 13.–15.2. 1934 statt.

<sup>118</sup> Łukasiewicz's Gedächtnisprotokoll vom 22.4. 1943, in: Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Paris*, S. 379.

<sup>119</sup> Zit. nach einem Bericht der deutschen Gesandtschaft in Tallinn vom 4.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

<sup>120</sup> Zit. nach dem Politischen Bericht des Gesandten Reinebek aus Tallinn vom 22.1. 1934, ebenda. Zum Gesamtproblem vgl. Pagel, *Polen und die Sowjetunion*, S. 205ff., S. 234ff., S. 320.

um mehr als nur um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten ging, scheint sicher. Darauf deutet nicht nur der Wortlaut der geplanten Deklaration hin, sondern auch das Verhalten Moskaus während der Gespräche über die Deklaration. Schon die nähere Umschreibung der Staaten, deren Unabhängigkeit garantiert werden sollte, nämlich „die aus dem Bestand des ehemaligen russischen Reiches ausgeschieden sind“, war ein Hinweis darauf, daß die Sowjetunion diese Staaten noch immer als zum sowjetrussischen Interessensgebiet gehörig betrachtete. Daß Polen und die Sowjetunion sich verpflichten sollten, im Falle einer Gefahr für die „völlige wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit“ dieser Staaten untereinander Kontakt aufzunehmen, zeigte den Weg auf, wie diese Staaten von ihrem Wohlwollen abhängig gemacht werden sollten. Die Frage, wann Gefahr im Verzug und was dagegen zu unternehmen sei, konnte im Zweifelsfalle die Sowjetunion als der mächtigere und militärisch stärkere Partner auch alleine entscheiden; implizit tat sie das bereits vor dem Inkrafttreten der Deklaration, als Litvinov die wirtschaftliche Abhängigkeit der baltischen Staaten von Deutschland konstatierte und damit den Fall der Fälle für gegeben hielt.

Auch die Versuche Litvinovs, die Deklaration bis zu ihrer endgültigen Redaktion vor den baltischen Staaten geheimzuhalten, lassen ebensowenig Gutes vermuten wie die unzutreffende Darstellung der sowjetischen Gesandten in den baltischen Hauptstädten, die Deklaration solle in Form einer polnisch-sowjetischen Deklaration in Berlin vorgebracht werden; letzteres verfolgte den Zweck, das Mißtrauen im Baltikum zu zerstreuen und Aufmerksamkeit auf eine konkrete Gefahr zu lenken. Wäre es der Sowjetunion tatsächlich um die Unabhängigkeit der baltischen Staaten gegangen, so hätte sie nach den Indiskretionen in der Presse die Nachricht über die polnisch-russischen Gespräche bestätigen und zusätzlich mit der entschiedenen Erklärung versehen können, daß sie die Unabhängigkeit der baltischen Staaten mit allen Mitteln verteidigen werde, anstatt sich auf ein Dementi zurückzuziehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß das TASS-Dementi ausdrücklich dem Daily Herald und nicht der lettischen und finnischen Presse galt, die mit ihren Meldungen der Realität viel näher gekommen waren.

Auch die Eile und Hartnäckigkeit, mit der Litvinov die Deklaration durchzusetzen versuchte, stimmt mißtrauisch. Selbst nach der endgültigen polnischen Absage vom 3. Februar 1934 wollte er noch zu einer Übereinkunft mit Polen über die baltischen Staaten kommen. An diesem Tag erkundigte er sich nach möglichen Gesprächsthemen für den Beck-Besuch. Er fragte, ob Beck auch über baltische Fragen sprechen wolle, ob dieser eine Möglichkeit sehe, irgendeine Anmerkung über das Baltikum im Abschlußcommuniqué unterzubringen<sup>121</sup>, oder ob Beck darüber „schon mit jemand anderem“ spreche<sup>122</sup>. Diese Bemerkung sollte vor allem provozieren, sie läßt zugleich aber auch die sowjetischen Absichten deutlich werden. Nach Łukasiewicz's Meinung war dieser Seitenhieb Ausdruck einer „wirklich tiefen Beunruhigung über die Rich-

<sup>121</sup> Telegramm Łukasiewicz's vom 3. 2. 1934, AAN, MSZ 6764.

<sup>122</sup> Brief Łukasiewicz's an Beck vom 3. 2. 1934, ebenda.

tung der polnischen Politik“, insbesondere im Baltikum<sup>123</sup>. Diese Zweifel an der Politik Warschaws veranlaßten Litvinov auch zu der Frage, ob der Nichtangriffspakt mit Deutschland nicht die Bewegungsfreiheit der polnischen Außenpolitik im allgemeinen und im Baltikum im besonderen erheblich einschränke<sup>124</sup>. Darauf kam Litvinov auch beim Beck-Besuch zurück, doch vergeblich; Beck antwortete nur mehrmals auf deutsch: „Es geht nicht.“<sup>125</sup> Eine der Folgerungen, die Litvinov aus seinen Gesprächen mit Beck gezogen hatte, war: „Insbesondere entfällt endgültig die Möglichkeit irgendeiner gemeinsamen Aktion im Interesse der baltischen Staaten, und hier, so scheint es, gibt es entweder schon eine Vereinbarung mit Deutschland, oder es ist irgendeine Vereinbarung geplant.“<sup>126</sup> Litvinov ließ damit vorerst von der Sache ab, Polen für eine gemeinsame Politik im Baltikum zu gewinnen. Er ließ zwar seit Mitte Januar durch seinen Gesandten in Kaunas eine Alternative zur mißglückten baltischen Deklaration prüfen, Polen gegenüber brachte er sie aber nicht mehr ins Gespräch: Da Litauen der einzige Staat gewesen war, der fast uneingeschränkt positiv (bis auf den Hinweis auf das Wilna-Problem, der allerdings obligatorisch war und nicht überraschen konnte) auf die polnisch-sowjetische Deklaration reagiert hatte<sup>127</sup>, lag der Gedanke nahe, nur die Unabhängigkeit Litauens in einer speziellen Erklärung zu garantieren. Am 15. Januar 1934 unterbreitete der sowjetische Gesandte Karskij der litauischen Regierung eine offizielle *Démarche* in Form einer mündlichen Erklärung, in der das Interesse der Sowjetunion und angeblich auch Polens an der litauischen Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht wurde. Polen habe sich, so der sowjetische Gesandte zu Zechlin, der sowjetischen Initiative „überhaupt nicht gern“ angeschlossen, sie aber auch nicht ablehnen wollen<sup>128</sup>. Es scheint, daß die Reaktion Litauens auf den neuerlichen sowjetischen Vorschlag nicht gerade überschwänglich gewesen ist<sup>129</sup>. Wohl nicht zuletzt deshalb geriet auch diese sowjetische Initiative in die Presse, und zwar geschah das nach dem gleichen Muster wie bei der ersten Presseindiskretion von Anfang Januar. Am 23. Januar deuteten die *Uusi Suomi* in Helsinki einen neuen Vorstoß der sowjetischen Regierung in der Garantiefrage an<sup>130</sup>. Das russischsprachige Blatt *Segodnja* in Riga brachte einen Tag später in einem Korrespondentenbericht

<sup>123</sup> Telegramm Łukasiewicz vom 3. 2. 1934, ebenda.

<sup>124</sup> Brief Łukasiewicz an Beck vom 3. 2. 1934, ebenda.

<sup>125</sup> Litvinovs Aufzeichnung der Gespräche mit Beck in Moskau vom 13. und 14. 2. 1934, *Dokumenty i materiały* VI, Nr. 107, S. 188 f.; *DVP* XVII, Nr. 53, S. 135 f. Litvinov zitiert die Worte auf deutsch. Das Gespräch ist sehr wahrscheinlich auf deutsch geführt worden. Beck sprach nicht russisch.

<sup>126</sup> Zu Litvinovs „Folgerungen“ aus seinen Gesprächen mit Beck vgl. *Dokumenty i materiały* VI, S. 192; *DVP* XVII, S. 139.

<sup>127</sup> Bericht des deutschen Gesandten Zechlin aus Kaunas vom 10. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

<sup>128</sup> Angaben Karskij gegenüber Zechlin, Politischer Bericht Zechlins vom 26. 1. 1934, ebenda; *DDF* 1. V, Nr. 253, S. 499; *DBFP* 2. VII, Nr. 546, S. 641; ebenda, Nr. 576, S. 644; *ADAP C* II, Nr. 240, S. 443.

<sup>129</sup> Politischer Bericht Zechlins vom 26. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

<sup>130</sup> Bericht der deutschen Gesandtschaft in Helsinki vom 26. 1. 1934, ebenda.

aus Kaunas weitere Ausführungen dazu. Danach hatte Karskij dem litauischen Außenminister erklärt, daß die Sowjetunion im Einvernehmen mit Polen vorschlage, Litauens Unabhängigkeit „getrennt“ von den anderen baltischen Staaten zu garantieren. Dabei werde die sog. Wilna-Klausel beibehalten, d.h. die Anerkennung des Wilna-Problems als eine offene Frage in den Beziehungen zwischen Litauen und Polen. Das Blatt berichtete weiter, daß dieser Vorschlag in Kaunas mit Wohlwollen aufgenommen worden sei<sup>131</sup>. Diese Ausführungen Karskijs dürften den litauischen Außenminister zu der öffentlichen Bemerkung veranlaßt haben, daß in einer solchen Garantieerklärung auch die Interessen Litauens hinsichtlich Wilnas berücksichtigt werden müßten. Falls es zutreffen sollte, was der estnische Außenminister dem polnischen Geschäftsträger Anfang Januar mitgeteilt hatte, daß nämlich Zaunius persönlich ein Gegner der polnisch-sowjetischen Deklaration gewesen sei<sup>132</sup>, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er das Wilna-Problem bewußt in einer öffentlichen Rede in den Zusammenhang mit der geplanten polnisch-sowjetischen Garantiedeklaration gebracht hat, um, die polnische Empfindlichkeit in dieser Frage kennend, zu provozieren und damit Polen einen willkommenen Anlaß für die Ablehnung des Vorschlages zu liefern. Auf diese Weise hatte sich eine heimliche litauisch-polnische Koalition zur Verhinderung der neuen sowjetischen Initiative gebildet<sup>133</sup>. Der Wunsch, die litauische Unabhängigkeit gesondert zu garantieren, entsprach durchaus sowjetischen Interessen, da nach Moskauer Auffassung wegen des Memelgebietes in erster Linie Litauen gefährdet war. Um Polen auf die neuen sowjetischen Pläne vorzubereiten, hatte das Mitglied des Kollegiums des Außenkommissariats, Boris S. Stomonjakow, am 13. Januar in einem langen Gespräch mit Łukasiewicz versucht, diesem die Gefahr vor Augen zu führen, die Deutschland für Litauen darstellte. Unter dem Eindruck der jüngsten Ereignisse in Memel und angesichts möglicher Reaktionen von deutscher Seite befürchtete er, daß die „Hitlerowcy“ einen Schlag gegen Litauen führen könnten<sup>134</sup>. Litwinow wurde Łukasiewicz gegenüber noch konkreter. Er fragte ihn, ob die deutsch-polnische Nichtangriffserklärung es Polen noch erlaube, „im Bedarfsfalle“ aktiv auf einen deutschen Anschlag auf Litauen zu reagieren<sup>135</sup>.

Die Sorge um die „Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit Litauens“ war eine der Stereotypen, die sowjetische Politiker polnischen Gesprächspartnern gegenüber häufig gebrauchten, sehr oft mit dem Zusatz: „Für uns ist es un-

<sup>131</sup> Bericht des deutschen Gesandten Martius aus Riga vom 25. 1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten; DDF 1. V, Nr. 253, S. 500.

<sup>132</sup> Der französische Gesandte berichtete, Zaunius habe ihm gesagt, daß das antideutsche Spiel der UdSSR klar sei; die Absichten Polens aber erschienen ihm sehr verdächtig; DDF 1. V, Nr. 262, S. 517.

<sup>133</sup> Nach Zaunius' eigenen Worten hatte Litauen selbstverständlich nichts gegen zusätzliche Garantien seiner Sicherheit, „vorzugsweise“ von den Großmächten und „insbesondere“ von Deutschland, einzuwenden; DBFP 2. VII, Nr. 561, S. 637.

<sup>134</sup> Politischer Bericht Łukasiewicz vom 16. 1. 1934, AAN, MSZ 6764. Vgl. dazu Sergiusz Mikulicz, *Kłajpeda w polityce europejskiej 1918–1939*, Warschau 1976, S. 193 ff.; ADAP C II, Nr. 142, 214, 348.

<sup>135</sup> Brief Łukasiewicz an Beck vom 3. 2. 1934, AAN, MSZ 6764.

annehmbar, daß es [Litauen] von anderen Staaten geschluckt wird.<sup>136</sup> Damit sollte einerseits natürlich ein Hinweis auf mögliche deutsche Absichten in Litauen gegeben werden, andererseits aber auch eine deutliche Warnung an Polen ausgesprochen werden, die litauische Unabhängigkeit seinerseits nicht anzutasten. Im Zusammenhang mit dem neuen sowjetischen Vorstoß in Kaunas konnte die ständig wiederkehrende Formel aber auch als Angebot an Polen gedacht sein, gemeinsam mit der Sowjetunion die Unabhängigkeit Litauens zu garantieren bzw. darüber zu einer Übereinkunft zu gelangen. Darüber hinaus ließen sich mit einem solchen Abkommen auch deutsch-polnische Pläne hinsichtlich Litauens verhindern, denn ein Polen, das zusammen mit der Sowjetunion die Unabhängigkeit Litauens garantierte, konnte es nicht als Kompensation für den „Korridor“ annektieren<sup>137</sup>. Zu einem offiziellen Angebot an Polen, die Unabhängigkeit Litauens gesondert zu garantieren, kam es jedoch nicht. Moskau zweifelte daran, daß Polen ein solches Angebot annehmen würde, und war wohl auch nicht völlig überzeugt, daß Polen ernsthaft an einer Unabhängigkeit Litauens interessiert war.

Ob das bei der Sowjetunion der Fall war, erscheint allerdings ebenfalls zweifelhaft. Die Geschichte der Unabhängigkeit der baltischen Staaten ist auch die Geschichte der permanenten Versuche der Sowjetunion, Einfluß auf diese Staaten zu gewinnen<sup>138</sup>. Für die Sowjetunion waren die baltischen Staaten der „wichtigste Schutzwall gegen den Westen“, der sich aber auch als „Cordon oder Place d’Armes“ gegen die Sowjetunion auswirken konnte<sup>139</sup>. Die Sowjetunion war vor allem daran interessiert, daß die Unabhängigkeit des Baltikums nicht von außen, d. h. von Deutschland oder Polen bedroht wurde. In einer solchen Bedrohung von außen sah sie eine Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit. Eine sowjetische Einflußnahme in den baltischen Staaten war demnach nach sowjetischer Ansicht vor allem auch ein Akt der Selbstverteidigung<sup>140</sup>. Sollte aber die Unabhängigkeit der „von der Entente geschaffenen Randstaaten“<sup>141</sup> zur Diskussion stehen, so wollte die Sowjetunion unbedingt daran beteiligt sein. Da dieser Fall nach sowjetischer Auffassung eingetreten und ein polnisch-sowjetisches „Kondominium“<sup>142</sup> am Widerstand Polens gescheitert war, kam

<sup>136</sup> Litvinovs Aufzeichnung über sein Gespräch mit Łukasiewicz am 20.2. 1934, Dokumenty i materiały VI, Nr. 109, S. 195; DVP XVII, Nr. 62, S. 156. Łukasiewicz's Aufzeichnung vom gleichen Tag, in: AAN, MSZ 6764.

<sup>137</sup> Darauf weist der deutsche Gesandte in Kaunas hin. Politischer Bericht Zechlins vom 26.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

<sup>138</sup> Vgl. dazu von Rauch, Geschichte, S. 99 ff.

<sup>139</sup> So Karl Radek im Januar 1934 zu einem deutschen Journalisten in Moskau, ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

<sup>140</sup> Auch die Besetzung Afghanistans durch die Rote Armee im Dezember 1981 wurde als ein solcher Akt der Selbstverteidigung gesehen und offen zugegeben, Pravda vom 14.2. 1985.

<sup>141</sup> So Radek einem deutschen Journalisten gegenüber, ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

<sup>142</sup> Ausdruck des sowjetischen Gesandten in Kaunas, Karskij, zit. nach Zechlins politischem Bericht vom 10.1. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Sowjetisch-polnischer Garantiepakt über Unabhängigkeit der Randstaaten.

als neuer Partner für die Durchsetzung der sowjetischen Ziele nur der zweite Interessent an den baltischen Staaten, Hitlerdeutschland, in Frage.

### 3. Die deutsch-sowjetischen „Protokoll“-Gespräche

Wieder war es Karl Radek, der den Boden für den neuen sowjetischen Vorstoß vorbereitete, und zwar wieder in einem Gespräch mit einem Journalisten, diesmal mit einem deutschen. Anfang Januar 1934 – die Gespräche mit Polen waren noch nicht gescheitert – sagte Karl Radek diesem Journalisten: „Wir wünschen eine Neutralisierung der baltischen Staaten durch einen internationalen Pakt. Das wäre eine Gelegenheit, mit Deutschland zusammenzuarbeiten. So etwas ist ohne Deutschland nicht zu machen.“<sup>143</sup> Kaum hatte die polnische Regierung die Nichtangriffserklärung mit Deutschland unterzeichnet und ihr Desinteresse an einer konzertierten Aktion im Baltikum bekundet, begann man im sowjetischen Außenkommissariat zu überlegen, „welche Linie wir im Zusammenhang mit diesem Vertrag [der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung] in Bezug auf das Baltikum führen müssen“<sup>144</sup>. Die Überlegung mündete direkt in Litvinovs Garantievorschlag zugunsten der baltischen Staaten an Deutschland vom 28. März 1934<sup>145</sup>. Das diesmal „Protokoll“ genannte Dokument entsprach inhaltlich in etwa der Deklaration. Auch in dem Protokoll ging es um die „Erhaltung der vollen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten [...] die früher zum Bestand des ehemaligen russischen Reiches gehörten“. Beide Regierungen sollten sich verpflichten, „in ihrer Außenpolitik unzerbrüchlich an der Notwendigkeit der Erhaltung der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der erwähnten baltischen Staaten festzuhalten und jedwede Handlung zu vermeiden, die mittelbar oder unmittelbar dieser Unabhängigkeit Abbruch tun könnte“.

Litvinov hatte aus der polnischen Absage gelernt. Das zeigte sich etwa daran, daß das Protokoll auch „anderen Ländern, die an dem vorliegenden Problem beteiligt sind, zum Beitritt“ offenstehen sollte. Damit sollte dem Protokoll der Hauch der deutsch-russischen Exklusivität genommen und der Eindruck, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten sei ausschließlich eine deutsch-russische Angelegenheit, vermieden werden. Jedoch war Litvinov auch in der Endphase der polnisch-russischen

<sup>143</sup> ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

<sup>144</sup> Stomonjakov in einem Brief vom 4. 2. 1934 an Antonov-Ovseenko, DVP XVII, Nr. 42, S. 108. Der offizielle Herausgeber der DVP, das sowjetische Außenministerium, läßt seine Mitarbeiter hinter diesem zitierten Satz von Stomonjakov einen direkten Verweis auf die Dokumente Nr. 94 und 95 des Bandes machen, die den Vorschlag Litvinovs vom 28. 3. 1934 an die deutsche Reichsregierung beinhalten, damit auf das Ergebnis des damaligen Überlegungsprozesses hinweisend, ebenda.

<sup>145</sup> ADAP C II, Nr. 362, S. 666 ff. Russischer Text in: P.A.A.A., Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Kurze Zusammenfassung des Inhalts auch in DVP XVII, S. 787, Anm. 99. Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 28. 3. 1934, in: Ebenda, Nr. 94, S. 214 f.

Verhandlungen über die Deklaration zu diesem Schritt bereit gewesen. Der Passus im Deklarationsentwurf, nach dem beide Staaten bei einer Gefährdung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten über die entstandene Situation beraten sollten (und der in den betroffenen Staaten wohl am meisten Mißtrauen geweckt hatte), war im Protokoll nicht mehr enthalten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Deklaration und Protokoll bestand ferner in der offiziellen sowjetischen Begründung für die Initiative. Während es nach Litvinovs Worten bei der Deklaration um „die Suche nach einer konkreten Form“ zur Wahrung polnischer und sowjetischer Interessen im Baltikum gegangen war, sollte durch das Protokoll der beiderseitige „Wille nach guten Beziehungen zum Ausdruck gebracht“ und konkretisiert werden.

Wie in der Deklaration, ging es auch im Protokoll „in erster Linie“ um Estland, Lettland und Litauen<sup>146</sup>. Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung meinte der deutsche Botschafter in Moskau, Rudolf August Nadolny, dazu, daß es wegen Estland und Lettland keine Schwierigkeiten geben würde, da diese Länder nur die Sowjetunion interessieren sollten. Anders verhalte es sich mit Litauen, das sich zwischen Deutschland und Polen befinde<sup>147</sup>. Weitere Einwände erhob Nadolny wegen des Memel-Problems, „weil darin eine erneute Bekräftigung der Bestimmungen des Versailler Vertrags über das Memelgebiet erblickt werden könnte“<sup>148</sup>. Wie Łukasiewicz bat Litvinov auch Nadolny „wiederholt um vertrauliche Behandlung“ seines Vorschlags. Man müsse, so notierte Litvinov selbst, „die Zustimmung der baltischen Staaten kaum einholen, da das Protokoll ihnen in keinem Fall einen Nachteil bringt, sondern, im Gegenteil, ihre internationale Position stärkt“<sup>149</sup>. Daß nach Litvinovs Meinung auch diesmal Eile geboten war, zeigt sein Wunsch, daß auch das Protokoll „in möglichst kurzer Frist“ ratifiziert werden sollte<sup>150</sup>.

Noch am selben Abend (28. März 1934), an dem der deutsche Botschafter mit Litvinov gesprochen hatte, gab Nadolny ein Essen zu Ehren des Volkskommissars für Heeres- und Marineangelegenheiten, Klimentij E. Vorošilov<sup>151</sup>, zu dem auch der stellvertretende Außenkommissar Nikolaj N. Krestinskij und andere führende sowjetische Vertreter geladen waren<sup>152</sup>. Nach dem Essen führten Vorošilov und Krestinskij mit Nadolny ein langes und interessantes Gespräch, das auch den Garantievorschlag Litvinovs vom gleichen Tag betraf, über den die sowjetischen Gäste Nadolnys unterrichtet waren, da sie „doch Mitglied[er] der Regierung“ seien<sup>153</sup>. Auch diesen Ge-

<sup>146</sup> ADAP C II, Nr. 362, S. 667.

<sup>147</sup> Diese Anmerkung befindet sich nicht in Nadolnys Aufzeichnung, ebenda. Aufzeichnung Litvinovs vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 94, S. 214f.

<sup>148</sup> Telegramm Nadolnys vom 28.3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 667.

<sup>149</sup> Aufzeichnung Litvinovs vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 94, S. 215.

<sup>150</sup> Telegramm Nadolnys vom 28.3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 667f.

<sup>151</sup> In einem Brief vom 23.1. 1934 an Staatssekretär von Bülow hatte Nadolny „die Rote Armee und ihren Chef, den mächtigen Woroschilow“, „unsere Freunde“ genannt; ADAP C II, Nr. 210, S. 399.

<sup>152</sup> Nach Krestinskij's Aufzeichnung vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 95, S. 215.

<sup>153</sup> Telegramm Nadolnys vom 29.3. 1934, ADAP C II, Nr. 364, S. 669.

sprächspartnern gegenüber wiederholte Nadolny seine Bedenken wegen der Memelfrage. Ihn „verwirre“, so notierte Krestinskij Nadolnys Bedenken, daß in dem Vertrag das Wort „Unversehrtheit“ gebraucht werde. Für die deutsche Regierung sei das ein außergewöhnlich schwieriges Problem und kaum annehmbar. Gemäß Nadolnys Bericht habe Krestinskij daraufhin bemerkt, daß der Abschluß des Protokolls nicht an der Memelfrage zu scheitern brauche, „und beide Herren suchten mir das in längeren Ausführungen klarzumachen“. Krestinskij habe dabei darauf hingewiesen, „daß [das] Protokoll von den ehemaligen Bestandteilen Rußlands spreche, worunter Memel nicht falle“<sup>154</sup>. Die „längeren Ausführungen“, die Vorošilov und Krestinskij auf Nadolnys Einwand bezüglich der Memelfrage machten, lauteten: „Wir antworteten“, so schrieb Krestinskij, „daß, wenn das Protokoll nur die Unabhängigkeit eines Staates garantiere, die Deutschen z.B. den Hafen von Libau einnehmen, ihn Lettland wegnehmen könnten. Die Unabhängigkeit Lettlands aber bliebe auch in den verkleinerten Grenzen ohne Libau bestehen. Ein solches Vorgehen, das eine völlig offenkundige Aggression gegenüber Lettland darstelle, würde in diesem Fall nicht dem Buchstaben dieses Protokolls widersprechen, da Lettland weiterhin unabhängig bliebe. Um die Möglichkeit einer solchen Auslegung des Protokolls auszuschließen, sprechen wir nicht nur von der Unabhängigkeit, sondern auch von der Unversehrtheit.“

Nadolny sagte, daß, wenn die Nennung der Unversehrtheit erhalten bliebe, man einen Vorbehalt hinsichtlich des Memelgebiets machen müßte.

Wir sagten, daß ein solcher Vorschlag von deutscher Seite einen günstigen Verlauf der Gespräche kaum fördern würde. Wir äußerten dabei unsere Verwunderung, daß Deutschland sich so stark an einen unbedeutenden Fetzen seines früheren Territoriums klammere. Wir seien doch damit einverstanden, die Unversehrtheit der baltischen Staaten zu garantieren, ungeachtet dessen, daß Finnland, Estland und Lettland insgesamt und Litauen zum größten Teil auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches gelegen gewesen seien. Und Deutschland sei unentschlossen, unseren Vorschlag wegen des kleinen und unbedeutenden Memelgebietes anzunehmen.

Nadolny sagte, daß ihm die im Protokoll gebrauchte Formulierung ‚die früher zum Bestand des Russischen Reiches gehörten‘ sehr gefalle. Diese Formulierung könnte Deutschland die Möglichkeit geben, ohne irgendwelche territorialen Vorbehalte auszukommen. Er persönlich sei sich darüber im klaren, welche Bedeutung der Abschluß des von Litvinov vorgeschlagenen Protokolls für die sowjetisch-deutschen Beziehungen habe. Er verstehe auch, wie eine negative Antwort Deutschlands ausgelegt werden würde. Deswegen werde er persönlich die deutsche Regierung zur Annahme unseres Vorschlages drängen.“<sup>155</sup> Die von seinen Gesprächspartnern festgehaltenen Äußerungen entsprachen der politischen Überzeugung Nadolnys. Seit 1902 im Auswärtigen Dienst, deutschnational geprägt, stand Nadolny noch in der

<sup>154</sup> Ebenda, S. 669f.

<sup>155</sup> Aufzeichnung Krestinskij's über das Gespräch mit Nadolny vom 28.3. 1934, DVP XVII, Nr. 95, S. 216ff.



Tradition der deutsch-russischen Zusammenarbeit. Seit November 1933 neuer Botschafter in Moskau, sah er seine Hauptaufgabe darin, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern und für eine deutsch-sowjetische Verständigung zu wirken<sup>156</sup>. Da er Deutschland für eine Großmacht hielt und davon überzeugt war, daß auch die Sowjetunion „wieder ein Großfaktor der allgemeinen Politik“ geworden war<sup>157</sup>, meinte er, daß die deutschen außenpolitischen Ziele, wie er sie verstand, nur zusammen mit der Sowjetunion erreicht werden könnten. Diese Ziele waren seiner Meinung nach: „1. Ein Deutschland von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, 2. ein Mitteleuropa unter Deutschlands Führung und 3. eine Welt, in der Deutschland gleichberechtigte Großmacht ist“<sup>158</sup>.

Daß zur Erreichung dieser Ziele sowohl „Polen und vielleicht auch noch Litauen Objekte unserer nationalen und mitteleuropäischen Ansprüche sein können“, verstand sich für Nadolny von selbst. Ebenso selbstverständlich war es für ihn, daß als Partner „hinsichtlich des Ostens“ nur die Sowjetunion in Frage kam<sup>159</sup>. Das könnte seine Offenheit gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern erklären, die jedoch nicht in seinen entsprechenden Berichten nach Berlin zu Tage trat. Seit seinem Amtsantritt hatte er mit ansehen müssen, daß sich das Auswärtige Amt mehr und mehr aus der aktiven Rußlandpolitik zurückzog<sup>160</sup>; Partei und Propagandaministerium übernahmen dessen Rolle. Die Devise des Auswärtigen Amtes gegenüber der Sowjetunion lautete fortan: „Kühle Reserve“, die gleichzeitig auch als Anweisung an Nadolny erging<sup>161</sup>.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß Nadolny in den Berichten über seine Gespräche mit Litvinov und Vorošilov äußerst behutsam vorging<sup>162</sup>. Er hielt, so schrieb er, das Angebot Litvinovs „aus mancherlei Gründen“ für „bedenklich“, fügte aber hinzu: „Gleichwohl ist eine Ablehnung doch wohl nicht gut möglich.“ Er empfahl, der Sache „eine andere Wendung“ zu geben, etwa „eine Erweiterung oder Vervollständigung des Berliner Vertrags“<sup>163</sup>. Trotz Nadolnys leidenschaftlichem Engagement für irgendeine konstruktive Antwort an die Sowjetunion<sup>164</sup> gelang es ihm

<sup>156</sup> Rudolf Nadolny, *Mein Beitrag*, Wiesbaden 1955, S. 145. Vgl. auch McMurry, *Deutschland und die Sowjetunion*, S. 148.

<sup>157</sup> Politischer Bericht Nadolnys vom 9. 1. 1934, ADAP C II, Nr. 171, S. 316.

<sup>158</sup> Nadolnys Aufzeichnung „Unser Verhältnis zu Sowjetrußland“ als Anlage zu ebenda, S. 317.

<sup>159</sup> Ebenda. Über Polen notierte Nadolny weiter: „Der heutigen Lage nach aber ist wohl Polen ein Gegenstand unserer Ansprüche, Rußland dagegegen nicht“, ebenda, S. 318. Nadolny mußte sich daraufhin die Belehrung von Bülow gefallen lassen, „daß unser Blickfeld (und Sorgenkreis) größer ist“. Brief von Bülow an Nadolny vom 12. 2. 1934, ADAP C II, Nr. 251, S. 463.

<sup>160</sup> Dazu vor allem die Arbeit von McMurry, *Deutschland und die Sowjetunion*, S. 143 ff.

<sup>161</sup> Weisung Neuraths an Nadolny vom 17. 1. 1934, ADAP C II, Nr. 190, S. 366.

<sup>162</sup> Nadolnys Bericht über sein Gespräch mit Vorošilov und Krestinskij umfaßt lediglich eine halbe Seite, Krestinskis Aufzeichnung darüber 4 1/2 Seiten. Nadolny scheint über das Gespräch keinen weiteren offiziellen Bericht angefertigt zu haben.

<sup>163</sup> Telegramm Nadolnys vom 28. 3. 1934, ADAP C II, Nr. 362, S. 668. Nadolnys Reaktion auf das Angebot Litvinovs glich der Reaktion Łukasiewicz. Die Beweggründe beider dafür waren jedoch sehr unterschiedlich.

<sup>164</sup> ADAP C II, Nr.n. 375, 376, 382, 390, 391, 396, 398.

nicht, die endgültige deutsche Absage zu verhindern, die er dann am 14. April 1934 Litvinov überbrachte<sup>165</sup>. Hatte Litvinov am Beginn der Gespräche um Vertraulichkeit gebeten, so war es nach der deutschen Absage Nadolny, der Litvinov gegenüber „die Zuversicht ausdrückte“, daß die sowjetische Seite „die Sache nicht veröffentlichen werde“. Man fürchtete nämlich, die Sowjets könnten die deutsche Ablehnung propagandistisch für sich ausnutzen. Litvinov sah es jedoch als seine „Pflicht an, die interessierten Staaten zu benachrichtigen“, worauf Nadolny ihn „erregt zu überzeugen versuchte“, dies nicht zu tun<sup>166</sup>. Moskau ließ sich dadurch nicht beeindrucken. Die sowjetischen Gesandten informierten wiederum z. T. vor deren deutschen Kollegen die interessierten Staaten. In Kaunas setzte Karskij wahrscheinlich Außenminister Zaunius davon in Kenntnis, daß Deutschland den sowjetischen Vorschlag „nur wegen Litauen“ abgelehnt habe<sup>167</sup>. Wie beim polnisch-sowjetischen Deklarationsvorschlag kam das positivste Echo auf die deutsche Ablehnung aus Helsinki<sup>168</sup>. Die Regierungen in Riga und Tallinn äußerten zwar mehr oder weniger Verständnis für die deutsche Haltung, wollten aber die Gelegenheit nutzen, die deutsche Regierung zu einer positiven Stellungnahme zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten zu veranlassen<sup>169</sup>. Die deutsche Regierung versuchte jedoch, einer solchen Stellungnahme mit dem Hinweis auszuweichen, sie habe in ihrer Antwort an die sowjetische Regierung festgestellt, daß „die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht“ sei, und sie ließ den deutschen Gesandten in Riga wissen, daß sie nicht die Absicht habe, über diese Feststellung hinaus „den russischen Gedanken auf andere Weise weiter zu verfolgen“<sup>170</sup>. Nicht zuletzt diese durchsichtige deutsche Haltung veranlaßte die lettische Regierung, an die Öffentlichkeit zu treten, um die deutsche Regierung durch öffentlichen Druck doch noch zu der von ihr gewünschten Stellungnahme zu zwingen. Am 25. April veröffentlichte die lettische Nachrichtenagentur eine amtliche Meldung zum russischen Garantievorschlag und der ablehnenden deutschen Haltung<sup>171</sup>.

Unter der Überschrift „Hitlerdeutschland weigert sich, die Unabhängigkeit der baltischen Staaten anzuerkennen. Eine Warnung an die baltischen Staaten“ eröffnete noch am gleichen Tag der in Riga erscheinende Sozialdemokrat<sup>172</sup> eine mehrwöchige Kampagne vor allem in der baltischen, aber auch in der deutschen Presse über

<sup>165</sup> Ebenda, Nr. 390, 398, 401. Russischer Text der deutschen Absage in DVP XVII, Nr. 139, S. 284 ff. Litvinovs Gesprächsaufzeichnungen vom 14. 4. und 21. 4. 1934, ebenda, Nr. 126 und Nr. 140, S. 260 f. bzw. S. 286 f. Vgl. auch Nadolny, Mein Beitrag, S. 167 ff.; ADAP C II, Nr. 488, S. 863 sowie Anm. 3, S. 864.

<sup>166</sup> Nach Litvinovs Gesprächsaufzeichnung vom 21. 4. 1934, DVP XVII, Nr. 140, S. 287; ADAP C II, Nr. 414, S. 746 sowie Anm. 2, S. 745, Nr. 425, S. 758 f.

<sup>167</sup> ADAP C II, Nr. 416, S. 747; vgl. auch DVP XVII, Nr. 143, S. 293 f. sowie Anm. 133, S. 793 f.

<sup>168</sup> ADAP C II, Nr. 421, S. 752.

<sup>169</sup> Ebenda, Nr. 417, S. 748 f.; Nr. 418, S. 749 f.; Nr. 430, S. 769 f.

<sup>170</sup> Ebenda, Nr. 425, S. 759; vgl. auch Nr. 430, S. 769 f.

<sup>171</sup> Wortlaut der LTA-Meldung, in: PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

<sup>172</sup> Wortlaut des Artikels in deutscher Übersetzung, ebenda.

den sowjetischen Vorschlag und die deutsche Haltung dazu. Die in Riga erscheinende *Latvia* schrieb unter der Überschrift „Sonderbare Verhandlungen der ‚fürsorglichen Onkel‘ über das Wohl der Baltischen Staaten“:

„Es ist sonderbar, daß die baltischen Staaten bei den stattgefundenen deutsch-russischen Verhandlungen überhaupt nicht zur Teilnahme aufgefordert worden sind, sondern daß diese immer hinter ihrem Rücken stattgefunden haben, wobei die ‚fürsorglichen Onkel‘ sich ihrer immer erst dann erinnert haben, wenn die Verhandlungen ohne jegliches Resultat verlaufen waren.“<sup>173</sup>

Das Waba Maa aus Tallinn erinnerte an den gescheiterten sowjetischen Deklarationsvorschlag an Polen und stellte dann fest, daß man es in beiden Fällen nicht für nötig gefunden habe, die beteiligten baltischen Staaten zu informieren oder ihr Einverständnis einzuholen. In beiden Fällen seien die „Vormünder“ augenscheinlich nicht so sehr an der Garantie der baltischen Staaten interessiert gewesen, als vielmehr daran, sich durch diese Aktion gewisse Spielräume zu eröffnen. Rußland habe öffentlich gesagt, daß es durch das Garantieprotokoll seine Beziehungen zu Deutschland regeln und verbessern wolle<sup>174</sup>. Auch Waba Söna stellte fest, daß nicht die Garantie der Selbständigkeit der baltischen Staaten Objekt der Verhandlungen gewesen sei, sondern die russisch-deutschen Beziehungen als solche oder, richtiger, ein Teil derselben, nämlich die baltische Politik dieser Staaten. Zu den sowjetischen Beweggründen, die dieser Initiative zugrundelagen, meinte das Blatt, daß der in Deutschland herrschende „Drang nach Osten“ zur Eroberung der baltischen Staaten führen könne; da Rußland es für wichtig halte, daß keine andere Großmacht ihm in der Ostsee zu nahe rücke, sei es natürlich alarmiert gewesen. Daher habe es das Übel an der Wurzel packen wollen und Deutschland ehrlich und offen erklärt: „Wir fürchten, daß ihr das Baltikum erobern wollt, womit wir uns niemals abfinden können. Ihr fürchtet dasselbe von uns. Wir wollen uns einigen, daß keiner die baltischen Staaten zu erobern oder sonstwie unter seinen Einfluß zu bringen versuchen wird.“<sup>175</sup>

Das Waba Söna hatte damit die Interessenlage der Sowjetunion zwar richtig erkannt, ob diese aber ihre Interessen im Baltikum durch die Schaffung einer „indirekten Interessenssphäre“ tatsächlich als gesichert ansah, erscheint zweifelhaft. Moskau ging es in erster Linie um die Anerkennung der baltischen Staaten, „die früher zum Bestand des ehemaligen russischen Reichs gehörten“, als ihre direkte Interessenssphäre. Der Hinweis auf die frühere Zugehörigkeit zum Zarenreich sollte einerseits die besondere Fürsorgepflicht auch der Sowjetunion gegenüber diesen Staaten unterstreichen, andererseits aber dem deutschen Partner eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessenssphären andeuten. Der Hinweis des stellvertretenden Außenkommissars Krestinskij dem deutschen Botschafter Nadolny gegenüber, daß das im Protokoll umschriebene Terri-

<sup>173</sup> Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Riga vom 26.4. 1934, P.A.A.A, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

<sup>174</sup> Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Tallinn vom 28.4. 1934, ebenda.

<sup>175</sup> Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Tallinn vom 30.4. 1934, ebenda.

torium das Memelgebiet nicht einschlieÙe, sollte eine Interpretationshilfe darstellen. Der Sowjetunion ging es weniger um eine Garantie der Unabhängigkeit der „von der Entente geschaffenen Randstaaten“ (Radek)<sup>176</sup> als vielmehr um das Territorium dieser Staaten, das früher zum Zarenreich gehört hatte. Auch Krestinskijs Erläuterungen auf Nadolnys Einwand, daß ihn das Wort „Unversehrtheit“ störe, lassen die sowjetischen Absichten erkennen. Als Beispiel dafür, daß die Unabhängigkeit eines Staates auch erhalten bliebe, falls dessen Unversehrtheit durch Deutschland angetastet werde, nannte Krestinskij nicht Memel und Litauen, was in diesem Fall nahegelegen hätte, sondern Libau und Lettland. Damit zog der stellvertretende Außenkommissar eine klare Grenze zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Interessensgebiet: Memel bleibe Deutschland überlassen, über den eisfreien „Hafen Libau“ aber lasse die Sowjetunion nicht mit sich reden, das sei sowjetisches Interessensgebiet<sup>177</sup>. Angesichts dieses Verständnisses des sowjetischen Vorschlags konnte Krestinskij seine Anmerkung, daß Deutschland sich mit Memel an einen „unbedeutenden Fetzen“ klammere, während die Sowjetunion doch einverstanden sei, die „Unversehrtheit der baltischen Staaten zu garantieren, ungeachtet dessen, daß Finnland, Estland, und Lettland insgesamt und Litauen zum überwiegenden Teil auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches gelegen“ gewesen seien, nur als Ironie verstanden haben. Denn nachdem Krestinskij Memel bereits vorher als deutsches Interessensgebiet anerkannt und hiermit noch einmal betont hatte, daß das Memelgebiet nicht zum Territorium des ehemaligen russischen Reiches gehört habe, war es in der Tat lächerlich, sich daran noch zu klammern; das Protokoll sollte es Deutschland gegebenenfalls ja gerade ermöglichen, seine Ansprüche auf das Memelgebiet zu verwirklichen – ebenso wie der Sowjetunion seine Ansprüche auf die baltischen Staaten.

Daß dies auch auf deutscher Seite so gesehen wurde, zeigen nicht nur die Äußerungen Nadolnys. Der Berliner Korrespondent der in Helsinki erscheinenden *Uusi Suomi* bekam von „offizieller deutscher Stelle“ zum sowjetischen Garantieangebot folgende Stellungnahme: „Wenn irgendeine Macht sich anbietet, die Selbständigkeit kleiner Länder zu garantieren, ohne von diesen darum gebeten worden zu sein, scheint uns das höchstens Großmannssucht bei demjenigen [zu sein], von dem das Angebot ausgeht; denn die Übernahme des Postens als Vormund stärkt ja nur den Vormund selbst. Sofern die Selbständigkeit der fraglichen Länder später etwa in Gefahr geraten könnte, könnte es natürlich in erster Linie seitens des Vormunds selbst schon dadurch erfolgen, daß der Vormund in seiner Vormundstellung seinen Mündeln Direktiven diktieren könnte.“<sup>178</sup>

<sup>176</sup> ADAP C II, Nr. 173, S. 325.

<sup>177</sup> Deutsche Pläne aus dem Jahre 1939 sahen vor, daß „nördlich Rigas Breitengrad [...] Rußlands Lebensraum sein (soll), Riga und südlich davon der unsere“. Libau hätte demnach zum deutschen „Lebensraum“ gehört. Vgl. Leonidas E. Hill (Hrsg.), *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974, S. 157. Vgl. auch Pagel, *Polen und die Sowjetunion*, S. 256 ff.

<sup>178</sup> Zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft in Helsinki vom 27. 4. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

Deutschland war im April 1934 jedenfalls noch nicht bereit, eine solche Vormundschaft über die baltischen Staaten zu übernehmen. In einem Brief an Nadolny stellte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Bülow, fest: „Vom Standpunkt unserer Gesamtpolitik ist der Zeitpunkt für eine aktive Rußlandpolitik jedenfalls noch nicht gekommen, weder innenpolitisch noch außenpolitisch. [...] Unser Schifflein ist schon so schwer genug beladen.“<sup>179</sup> In der Tat hatte das NS-Regime noch alle Hände voll zu tun, um das System im Innern zu festigen und auszubauen. Außenpolitisch standen die Zeichen eher noch auf Konsolidierung. Hitler hatte gerade mit Polen seinen ersten außenpolitischen Erfolg errungen, den er nicht gefährden wollte und der den Ausgangspunkt für eine aktive Politik in Westeuropa darstellen sollte. „Gespräche über eine Revision von Versailles“, so von Bülow weiter an Nadolny, drohten „unsere auf allgemeine Entspannung gerichteten Bemühungen zu sabotieren. Das Thema ist aber tabu. Wir lehnen jedes Gespräch darüber ab, auf allen Fronten.“<sup>180</sup> Selbstverständlich schloß diese allgemeine Abneigung, zu diesem Zeitpunkt über Versailles zu sprechen, auch eine positive deutsche Stellungnahme dazu aus.

Die Taktik der baltischen Staaten, Deutschland durch öffentlichen Druck zu einer positiven Stellungnahme zur Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der baltischen Staaten zu veranlassen, mußte so mißlingen. Deutschland beabsichtigte nicht, dazu „mit neuen Erklärungen herauszutreten“ oder sich „in eine Pressepolemik einzulassen“<sup>181</sup>.

„Politische Kreise“ in Berlin vertraten jedoch die Ansicht, „daß Deutschland sich auch noch aus dem Grunde nicht in der Lage sieht, auf die vorgeschlagene Garantie einzugehen, weil das zu unterschreibende Garantieprotokoll das Memelgebiet garantieren würde, also dasjenige Gebiet, dem nach deutscher Ansicht Ungerechtigkeit widerfahren ist und welches zu den noch zu revidierenden Gebieten gehört“<sup>182</sup>. Selbst Außenminister von Neurath hielt das Memelargument „an sich“ für richtig<sup>183</sup>; Anfang Januar 1934 hatte er zwar dem polnischen Gesandten Józef Lipski gesagt, daß er die Unabhängigkeit der baltischen Staaten „im Einklang mit den deutschen Interessen“ so lange wie möglich erhalten wissen wollte. Aus seinen Worten war Lipski allerdings „klar“ geworden, daß der deutsche Außenminister deren Unabhängigkeit auf lange Sicht aber für zweifelhaft hielt<sup>184</sup> – eben nur so lange, wie deren Unabhängigkeit „mit den deutschen Interessen“ in Einklang zu bringen war.

Der sowjetischen Seite aber ließ die deutsche Absage keine Ruhe. Sie wollte zu gerne erfahren, „was in Wirklichkeit der Hauptgrund“ für die deutsche Absage ge-

<sup>179</sup> ADAP C II, Nr. 251, S. 465.

<sup>180</sup> Ebenda.

<sup>181</sup> ADAP C II, Nr. 437, S. 778.

<sup>182</sup> Bericht des Berliner Korrespondenten der *Uusi Suomi*, zit. nach Pressebericht der Gesandtschaft Helsinki vom 27. 4. 1934, PA.AA, Botschaft Moskau, Litvinov-Vorschlag betr. deutsch-sowjetischer Erklärung über Unabhängigkeit der baltischen Staaten.

<sup>183</sup> ADAP C II, Nr. 390, S. 715.

<sup>184</sup> Politischer Bericht Lipskis vom 11. 1. 1934 über seine Unterredung mit von Neurath, in: Jędrzejewicz (Hrsg.), *Diplomat in Berlin*, S. 132.

wesen war. „Vielleicht gelingt es Ihnen, Bessonov oder Vinogradov“, so schrieb Krestinskij an seinen Botschafter, Lev M. Chinčuk, in Berlin, „dies in nichtoffiziellen Gesprächen, ohne die Frage direkt zu stellen, herauszufinden.“<sup>185</sup> Am 24. April 1934 bekam der sowjetische Botschaftsrat in Berlin, S. A. Bessonov, die Gelegenheit dazu. In einem Gespräch mit dem Leiter der Abteilung IV des Auswärtigen Amtes, Richard Meyer, kam dieser auch auf die deutsche Protokollabsage zu sprechen. Neben den offiziellen Argumenten für die Absage führte Meyer einen weiteren Grund an: „Deutschland will unter keinen Umständen, in welcher Form auch immer, Versailles noch einmal sanktionieren, und die Unterzeichnung des baltischen Garantiepaktes würde geradezu eine indirekte Bestätigung von Versailles bedeuten.“<sup>186</sup> Deutschland hatte der Sowjetunion damit auch offiziell zu verstehen gegeben, daß es an dem baltischen Problem auch weiterhin interessiert war und zu gegebener Zeit darauf zurückkommen werde.

<sup>185</sup> DVP XVII, Nr. 128, S. 263.

<sup>186</sup> Ebenda, Anm. 123, S. 791.